

Deutsche Freiheit

Einzige unabhängige Tageszeitung Deutschlands

Nr. 254 — 2. Jahrgang

Saarbrücken, Mittwoch, 14. November 1934

Chefredakteur: M. Braun

Neucath beicht das Genfer Saar-
Abkommen

Seite 3

Knox über den Jecoc
der braunen Front

Seite 4

III Kastrationen
in einem Krankenhaus

Seite 7

Dokumente steigender Not

Die Folgen der hitlerdeutschen Selbstblockade

Berlin, 13. November.

Die Siegesnachrichten über die Erfolge der Arbeitsschlacht sind zwar schon längst vorbei, aber immer noch wird allmonatlich amtlich bekanntgegeben, daß soundsoviel Tausende von Personen in den Wirtschaftsprojekten neu eingereiht worden sind. Noch in diesen Tagen ist verkündet worden, daß die Zahl der Arbeitslosen neuerdings um rund 14000 gesunken ist. Aber allmählich glaubt niemand mehr, selbst die ehrfrühen Anhänger des Nationalsozialismus, diesen offiziellen Berichten, denn ein jeder sieht, daß die Arbeitslosigkeit nicht zurückgeht, sondern steigt und daß darüber hinaus die Lage der wertstätigen Bevölkerung infolge der Preissteigerung bei gleichzeitig gesunkenem Einkommen immer schlechter wird.

Zu der gleichen Zeit, wo die Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung weiterhin über die „Erfolge“ im Kampfe gegen die Arbeitslosigkeit berichtet, häufen sich die Mitteilungen, aus denen hervorgeht, wie groß die Not in verschiedenen Zweigen unserer Wirtschaft ist. Damit man uns nicht wieder der Verbreitung von „Grenzmärchen“ beschuldigt, wollen wir hier ein Dokument wiedergeben, das die wahre Situation im „dritten Reich“ grell beleuchtet.

Der Gesamtwirtschaftsberater der NSDAP, Gau Köln-Aachen Dr. Schmidt, der verehrteste Präsident der Industrie- und Handelskammer zu Köln, Freiherr von Schröder, die Industrie- und Handelskammer zu Aachen, die Handwerkskammern zu Köln und Aachen, der Landesobmann der Deutschen Arbeitsfront, Bezirk Rheinland haben folgenden Anruf an alle Druckmaschinenverbraucher erlassen:

Das Buchdruckgewerbe aber ist in tiefster Not. Der Umbruch der Nation hat das Zeitungs- und Zeitschriftenwesen neu gestaltet, die zweckmäßige Aufhebung und Gleichschaltung im organisatorischen Aufbau hat durch bedeutende Einschränkungen von Zeitschriften und allgemeinem Drucksachenbedarf dem Buchdruckgewerbe belangreiche Aufträge entzogen. Einen Ersatz hierfür zu schaffen, ist bis heute noch nicht möglich gewesen.

Die Arbeitslosigkeit im Buchdruckgewerbe ist sehr groß. Wir müssen deshalb Mittel und Wege suchen, um das notleidende Buchdruckgewerbe und damit den graphischen Arbeiter wieder in Arbeit und Brot zu setzen. Es wurde deshalb die Notgemeinschaft der deutschen Buchdruckereien, eine das gesamte Gewerbe umfassende Organisation zur Wiederherstellung der Ordnung der buchgewerblichen Preisverhältnisse geschaffen, welche die Unterstützung jedes Drucksachenverbrauchers verdient. Die notwendige Mindestpreisfestsetzung für die Erzeugnisse des Buchdruckgewerbes ist unter Mitwirkung des Reichskuratoriums für Wirtschaftlichkeit erfolgt. In diesem Zusammenhang sei darauf hingewiesen:

Die deutsche Papierfabrik erweist wieder deutsches Holz. Das russische Holzdumping ist unterbunden. Das Reichswirtschaftsministerium hat alle Papierfabriken durch ein Zwangskartell eng verbunden. Eine geringe Preiserhöhung mußte gewährt werden, um die Erzeugungstätten zu erhalten. Sie muß auch von allen Drucksachenverbrauchern mit nationaler Einsicht verständigerweise zu ihrem Teil getragen werden.

Wir setzen uns hiernit für das Buchdruckgewerbe ein und fordern alle Behörden und Drucksachenverbraucher von Industrie, Handel und Gewerbe auf:

1. das schwer ringende Buchdruckgewerbe mit allen Kräften zu unterstützen,
2. jeden Drucksachenbedarf nur bei Mitgliedern der Notgemeinschaft zu bestellen und Schleuderpreise abzulehnen,
3. von der Errichtung eigener Hausdruckereien abzusehen und die Selbstherstellung von Drucksachen und Abzügen während der größten Notzeit des Buchdruckgewerbes tunlichst einzuschränken.

Köln-Aachen, im Oktober 1934.

Ergänzend zu diesem Anruf können wir berichten, daß die Druckerei DuMont-Schauberg, die zu den größten Druckereien Deutschlands gehört, und in der die „Aölnische Zeitung“ gedruckt wird, infolge Arbeitsmangels zahlreiche Entlassungen vornehmen mußte.

Während die Arbeitslosigkeit um sich greift, und die Löhne gedrückt bleiben, steigen weiterhin die Preise. Diese Preissteigerung läßt sich nicht verhindern. Sie ergibt sich zwangsläufig, wie wir wiederholt an dieser Stelle gezeigt haben, aus der verhängnisvollen Wirtschaftspolitik des Nationalsozialismus. In dem obigen Anruf haben die Unterzeichner wohl nicht gemerkt, daß sie selbst ein vernichtendes Urteil über die Preispolitik des Nationalsozialismus gefällt haben. Sie sagen nämlich, daß durch die Drosselung der russischen Holzeinfuhr und durch die verstärkte Verwendung des deutschen Holzes die Preise gedrückt sind. Gerade heute gibt der Reichsanstalt bekannt, daß die Heranzugabe des Papierholzes aus der allgemeinen Preisreglung zu überhöhten Preisen geführt habe. Aber all die „Warnungen“ vor „überhöhten“ Preissteigerungen können nichts nützen, solange nicht grundsätzlich eine Aenderung der ganzen Wirtschaftspolitik erfolgt.

Daß die Preissteigerung eine natürliche Folge der nationalsozialistischen Wirtschaftspolitik ist, geht beispielweise aus folgendem Rundschreiben hervor, das uns von einem in Württemberg ansässigen Freund, der sich einige Tage in der Schweiz aufhielt, zugegangen ist. Dieses Rundschreiben ist auch deswegen bezeichnend, weil man daraus ersehen kann, wie die Fabrikanten, aus Angst vor der Gefahr, das Wort „Preiserhöhung“ vermeiden, obwohl der Zweck solcher Rundschreiben ist, die Rundschau von der erfolgten Preissteigerung in Kenntnis zu setzen.

Müller u. Schweizer
Trikotwarenfabrik, Stuttgart

Stuttgart, ... Nov. 1934.

An unsere werten Geschäftsfreunde!

Die gänzlich veränderten Verhältnisse sowohl in bezug auf die Materialbeschaffung als auch auf die Arbeitszeit durch das Fasertstoffgesetz machten die Herausgabe der neuen Preisliste Nr. 29, die wir Ihnen anbei übersenden, erforderlich.

Entsprechend den vermehrten Herstellungskosten der Ware sind unsere Preise etwas verändert; wir betonen jedoch ausdrücklich, daß wir uns bei den erforderlichen neuen Berechnungen streng an die im Fasertstoffgesetz hinsichtlich der Kalkulation erlassenen Bestimmungen gehalten haben. Trotzdem unsere neuen Preise niedrigst kalkuliert sind, ist unsere Leistungsfähigkeit dieselbe geblieben. — Infolge der Unmöglichkeit der Beschaffung verschiedener Garnsorten erwies es sich allerdings notwendig, einige Qualitäten ausfallen zu lassen; dafür konnte jedoch unser Kunstseide-Sortiment mit einigen Neuheiten erweitert werden.

Da unsere letzte Preisliste bereits vor der Herausgabe der Einheits-Bedingungen der deutschen Textil-Industrie erschienen war und Verpackungskosten in den Preisen enthielt, brauchten wir Ihnen bislang die Verpackung nicht extra zu berechnen. Mit der Umstellung unserer Kalkulation sind wir jedoch verpflichtet, hierfür unsere Selbstkosten in Anrechnung zu bringen. Die Sätze sind überdies durch die Einheits-Bedingungen geregelt. Wir bitten also um entsprechende Vormerkung.

Mit deutschem Gruß!

gez.: Müller u. Schweizer.

Während somit die Preise durch die Blinde- und Lebewirtschaftspolitik unantastbar steigen müssen, und damit eine weitere Entwertung der Markk herbeiführen, bekämpft der Reichskommisär für Preisüberwachung, Goerdeler, kleine Haushalter, die sich mit einigen Mengen von Rabgarn eingedeckt haben. Gerade dieses Leipziger Beispiel zeigt, wie unwirksam der ganze Kampf gegen die Preise ist. Er wird ebenso Schiffbruch erleiden, wie die heute schon historisch und berüchtigt gewordene „Arbeitsschlacht“ Millers.

Die Kleinen hängt man ...

Stuttgart, 13. Nov. Das Wirtschaftsministerium hat einige Stuttgarter Metzgereien für 4 Tage geschlossen. Es handelt sich durchweg um kleinere Metzgereien, denen vorgeworfen wird, daß sie die festgesetzten Höchstpreise überschritten hätten.

Hinrichtung eines Unschuldigen

Görings Verantwortung für den neuen Justizmord

Im Herbst 1933 verurteilte das Frankfurter Sondergericht den 20jährigen Lehrling Reitinger wegen angeblicher Ermordung eines SA-Mannes zum Tode. In der Urteilsbegründung heißt es, daß der Sachverhalt nicht ganz aufgeklärt sei und daß möglicherweise ein anderer den tödlichen Schuß abgegeben habe; denn der getötete SA-Mann war von mehreren Schüssen getroffen. Weil es jedoch eines andern Täters nicht habhaft werden konnte, verurteilte das Sondergericht den jungen Reitinger.

Die Nachricht von dem Todesurteil drang ins Ausland, sie kam endlich auch zur Kenntnis des wahren Täters, der mittlerweile Deutschland verlassen hatte. Unverzüglich wandte er sich an die Internationale Juristische Vereinigung, damit sie alles nur mögliche veranlasse, um das Leben von Reitinger zu retten. So erklärte denn A., der Augenzeuge des ganzen Nazi-Mordfalls gewesen war und nahe bei Reitinger gestanden hatte, alles, was er gesehen und getan hatte, zu Protokoll einer französischen Behörde. Es heißt in dem Protokoll: „Ich kann mit Bestimmtheit sagen, daß Reitinger nicht geschossen hat“ und „als ich sah, wie einer der SA-Männer eine Pistole aus der Tasche zog; zog ich selbst die meine und schuß auf ihn“. Dieser SA-Mann erlag später seinen Verletzungen.

Das Original dieser alarmierenden Befundung eines Augenzengen landte die Internationale Juristische Vereinigung mit voller Namensangabe des Zeugen und amtlicher Identitätsbeurkundung an das Justizministerium mit der Forderung nach Neuaufrückung des Prozesses. Die Behörden schwiegen. Reitinger sah in der Todeszelle. Die falschliche Justiz ist und will sein eine Nachejustiz. War der wahre Täter nicht erreichbar, so mußte der, der trotz erwiesener Unschuld verurteilt worden war, sterben. Am 10. 11. 1934 wurde Reitinger enthauptet. In voller Kenntnis seiner Unschuld wurde die Volksherrschaft des räuberischen Urteils befohlen.

Ministerpräsident Göring hat die Vollstreckung des Urteils angeordnet. Er trägt die unverjährbare Blutschuld.

Fernwirkungen

Wir haben schon öfter darauf hingewiesen, daß der zur Wehrfähigkeit getriebene und zur Weltanschauung erhabene Nationalismus, der heute das deutsche Völkertum geistig verwüstet, sich gemäß den Gesetzen der geistigen Ansteckung notwendig über die Grenzen hinaus verbreiten und in letzter Linie im Hinblick auf die von Hitlerdeutschland ausgehende Weltgefahr zu scharfen Gegenmaßnahmen führen muß, unter denen das Auslandsdeutschtum besonders schwer wird leiden müssen. Damit wollen wir natürlich nicht den Uebernationalismus anderer Völker, die sich nun gegen Deutsche wenden, gutheißen — die internationale Arbeiterbewegung hat immer das Recht jedes Volkes und Volksteils auf Pflege seiner nationalen Kultur anerkannt und die nationalistische Verheerung in jedem Lande bekämpft — aber wir dürfen nie vergessen, daß das Deutsche Reich, solange es Verständigkeitspolitik trieb, als Mitglied des Völkerverbundes imstande war, die Rechte der nationalen Minderheiten, vornehmlich der deutschen, wirksam zu vertreten. Durch den Rassenhochmut des Nationalsozialismus aber, der sich leichtfertig und brutal von der Gemeinschaft der Völker losgelöst hat, wurde Deutschland jede Möglichkeit abgeschnitten, die Rechte der ausländischen Volksgenossen zu wahren, zumal ja die der eigenen Staatsangehörigen rücksichtslos unter die Füße getreten werden.

In demselben Hefte des Amtsblatts des Reichsjugendführers („Das junge Deutschland“), in dem erzählt wird, wie man jetzt den Gliedern des „angesehenen, selbstbewußten deutschen Volkes besonders im Südbalten Europas wieder mit größter Hochachtung begegnet“, wird eine große Reihe Tatsachen angeführt, die sowohl das „Erwachen“ der ausländischen Deutschen wie die Einwirkung dieses Vorgangs auf die Politik der anderen Regierungen schlagend beleuchten.

Da wird aus Rumänien triumphierend berichtet, wie die deutschen Siedler in Bessarabien den Judenbojkott organisiert haben. Keinerlei Verkehr mehr mit den Juden! Diese, die vordem in guten Beziehungen und Geschäftsverbindungen mit den Deutschen standen und appellierten an das deutsche Mitgefühl. Vergessen! Sie müssen zugrunde gehen oder auswandern. Die Bewegung greift auch auf die rumänische Bevölkerung über. Abends verschließen die Juden ängstlich ihre Häuser, während die Hitlerjugend hoch zu Ross — es sind also Bestzer, keine Arbeiterlöhne — Kampflieder singend vorbeizieht. Ein glänzender Erfolg des deutschen Volksgesistes! Beeinträchtigt wird er nur, wenn man daneben hört, was in den Oststaaten gegen die Deutschen geschieht.

Aus der Tschechoslowakei wird berichtet, daß der deutsche Einfluß (das Mitgefühl) gilt immer den Ein-

flutreichen!) in der Industrie immer mehr verdrängt wird. Hatte man vorher schon in der Spiritusindustrie die Deutschen aus dem maßgebenden Verwaltung- und Aufsichtsratsposten hinausgewählt, so geschah das nun auch in der Zuckerindustrie.

Von Litauen, wo ja das Ausnahmegesetz gegen die „Staatsfeinde“, lies: Deutschen, besteht, heißt es, für Deutsche und Litauer gelte zweierlei Maß. „Wenn Deutsche Volkstumarbeit zu treiben suchen, werden sie als Staatsverräter behandelt.“ Zweierlei Recht! Das muß doch jeden Stillermann empören.

Estland: „Seit einigen Monaten hat im Zusammenhang mit den letzten Ereignissen in Europa eine neue Hehe wie in der Presse eingeseht, die sich gegen alles Deutsche richtet. So kommt es zu den verschiedensten Ausschreitungen, da dem Volk einjuggert wird, es drohe ihm von Deutschland die größte Gefahr für einen selbständigen Staat. Und so glaubt es, sich wehren zu müssen, indem es sich gegen das Deutschtum im Lande wendet.“ Pressehege — Welch furchtbarer Gedanke für einen Nazi! Und den Gedanken, daß das „Volk ohne Raum“ sich die baltischen Länder einverleiben müsse, haben wohl die Alldeutschen jenen Böhmer „einjuggeriert“.

Aus Südlamien erfahren wir, daß in einem schwäbischen Dorf zwangswiese die Jugend einem slawischen Verein zugeführt worden sei und dessen Uniform tragen müsse. Ob die Leute wohl die deutsche HJ-Bewegung studiert haben? Jetzt breite sich das Schlagwort aus, die Deutschen dürften keine Staatsbeamten mehr sein. Für 40 000 deutsche Schulkinder gebe es statt 1000 nur 370 Lehrer, und auch diese wolle jene Agitation der ins Serbische übersehten Hitlerseelen entfernt wissen. Leider hat der Reichsjugendführer dazu nicht angegeben, wieviel Larzistische Lehrer für die Millionen Kinder marxistischer Eltern im „dritten Reich“ beschäftigt sind, und wie hier die Regierung die Hege gegen marxistische und jüdische Beamte in ihre Schranken verwies.

Ja, es tut manchmal weh, wenn man selbst leiden soll, was man anderen so gerne zufügt. An diesen Beispielen, die sich leicht vervielfachen lassen, sehen wir, wie dieselbe nationale Fanatierung und Hochmutzüchtung, die im Hitlerreich planmäßig betrieben wird, Grund und Vorwand für gleiche Ausschreitungen in anderen Ländern bieten müssen. Die Opfer sind dann vornehmlich die Deutschen, die wie die Juden am meisten unter andere Völker zerstreut, vielfach wegen ihrer Ueberlegenheit oder durch Ungeschicklichkeit im Auftreten unbeliebt und nun dazu durch den überhäufenden alldeutschen Fanatismus überall verdächtigt geworden sind.

Diese Auslandsdeutschen müssen eben erkennen, daß auch ihnen nur eine internationale Politik der Völkerverständigung und Gleichberechtigung nationale Freiheit und Kulturschutz bringen kann. Werfen sie sich selbst weg an die rohe und ungerechte Politik der braunen Gewalttätigkeit und Völkerverhetzung, dann können sie sich nicht wundern, wenn auch sie als Minderheiten die bitteren Früchte ernten müssen. Zumal die geniale Politik der großen Führer und starken Männer ihnen den wertvollen Rückhalt des Minderheitenschutzes im Völkerbund geraubt hat.

„Peter“

Wie ein Emigrant durch einen Lockspitzel in die Fänge der Gestapo gelockt wurde

Im „Berliner Tageblatt“ (Nr. 331) lesen wir: „In den frühen Abendstunden des Donnerstag fällt der Senat im Volksgerichtspräsident Reutter und Genossen das Urteil. Wegen gemeinschaftlicher Vorbereitung eines hochverräterischen Unternehmens wurden verurteilt: der 37 Jahre alte Rudolf Reutter aus Jellendorf zu drei Jahren Zuchthaus, die 35 Jahre alte Maria Weitz aus Berlin zu elf Monaten Gefängnis, die 32 Jahre alte Gertraude Gräß aus Wilmersdorf zu einem Jahr neun Monate Gefängnis und der 31 Jahre alte Moritz Voss zu zwei Jahren Gefängnis; wegen Vorbereitung eines hochverräterischen Unternehmens unter erschwerten Umständen in Tateinheit mit gemeinschaftlicher schwerer Urkundenfälschung wird ferner der 32 Jahre alte Hans Deubner zu einem Jahr sechs Monate Zuchthaus verurteilt.“

Die Angaben des Angeklagten Hans Deubner über seine Flucht nach Dänemark und seine Rückkehr nach Deutschland waren besonders interessant.

Seine Hoffnung auf Erwerbsmöglichkeit in Dänemark schlug fehl. Ohne Geld und Arbeit zog er hungrig durch Dänemark. In Kopenhagen lernte er einen Mann kennen, den er „Peter“ nennt, der ihm zwar auch keine Arbeit verschaffen konnte, ihm aber seinen Wunsch, nach Deutschland zurückzukehren, erfüllen wollte. Dieser angebliche „Peter“ versprach ihm das Reisegeld nach Berlin, wenn er sich verpflichten würde, gewisse Erkundigungen in Deutschland einzuziehen. Vor allem interessierte sich „Peter“ dafür, wieviel die Weisheitsfrühe in Deutschland gediehen sei, wie die Regierung Hitler dem Arbeitsbeschaffungsproblem zu weide stüne und ob die PWS (Revolutionäre Gewerkschaftsopposition) in Deutschland noch unterirdisch weiterarbeiten könne.“

„Alle Kämpfer“

... der illegalen Marxisten

In Düsseldorf wurde ein Mitglied früherer kommunistischer Abgeordneter und Stadtratsmitglied in Düsseldorf zu zwei Jahren sechs Monaten Zuchthaus verurteilt. Der Verurteilte hatte bis zu seiner Verhaftung am 9. Januar 1934 an Versuchen zum illegalen Wiederaufbau der KPD mitgearbeitet. Das Gericht blieb unter der vom Staatsanwalt beantragten Höchststrafe von drei Jahren Zuchthaus, weil der Angeklagte im Arriege zweimal verurteilt und mit dem Eisernen Kreuz ausgezeichnet wurde.

Vom 2. Strafsenat des Kammergerichts Berlin wurden 42 Kommunisten abgeurteilt, die noch im Dezember 1933 verhaftet hatten. Die Parteioffiziere fortzusetzen. Allen wurden gebildet, Mitgliederbeiträge fahrlässig und Druckchriften verteilt. Für den 1. Mai 1934 hatten die Angeklagten eine große Aktion geplant. Es waren Flugblätter herbeigeholt worden, die mit einem Abwurfapparat von den Zündern schleudert werden sollten. Noch bevor dieser Plan ausgeführt werden konnte, waren die Täter jedoch verhaftet worden. Der Mitarbeiter Fritz Höpfer wurde zu der gefestigten zulässigen Höchststrafe von drei Jahren Zuchthaus verurteilt, der Mitarbeiter Kurt Reisch erhielt zweieinhalb Jahre Zuchthaus. Drei Angeklagte wurden zu einem Jahr neun Monaten Zuchthaus verurteilt, die übrigen Angeklagten erhielten Gefängnisstrafen.

„Deutschland im nächsten Frühling kriegsfähig“ Und die französisch-englische Entente

Paris, 13. November 1931.

(Von unserem Korrespondenten)

Wallas kommt im „Intransigent“ auf das Interview zurück, das kürzlich der tschechoslowakische Außenminister Beneš einem Redakteur der „Daily Mail“ gegeben, und in dem er erklärt hatte, er glaube, das Jahr 1935 werde der Beginn einer europäischen „Ueberfrühe“ sein. Es handele sich nicht um eine Ueberfrühe ökonomischer, sondern politischer Art. Beneš habe gesagt, er spreche nicht davon, daß es zum Kriege kommen werde, aber man werde hart am Kriege vorbeigehen. Nur ein französisch-englisches Abwehrbündnis werde es ermöglichen, einen Zusammenstoß zu vermeiden.

Warum, so fragt Wallas, fürchtet Beneš einen nahen Krieg, er, der bisher keinen Pessimismus kannte? Weil Deutschland im nächsten Frühling kriegsfähig sein wird. Aber, so fährt Wallas fort, ich denke, er übertreibt ein wenig. Ich weiß genau so gut wie jedermann, daß Deutschland unerbörte Anstrengungen macht, um seine militärische Schlagkraft wieder herzustellen, die seit ein paar Monaten verzehnfacht ist. Es wäre also schon jetzt kriegsfähig, aber nur für einen kurzen, entscheidenden und für sich günstigen Krieg, wie er ihm vorschwebt. Das aber ist die Frage. Denn es wird sich nicht auf einen vierjährigen Krieg einlassen, wo es seine Lebenskraft aufzehren würde. Es wünscht nur einen Kampf von einigen Tagen, aber einen Kampf mit schrecklichen Verwüstungen und lurchebarem Gemetzel. Doch zu diesem Kampf ist es noch nicht genügend vorbereitet, und wir, die wir gewarnt sind, können die Abwehr vorbereiten.

Zweifellos eine militärische Abwehr, deren Einzelheiten Jean Jaurès und in ein paar Tagen darlegen wird. Vor allem aber eine diplomatische Abwehr. Beneš verkündet, daß ein französisch-englisches Abwehrbündnis den Ausdruck eines Bundes verhalten werde. Er hat Recht, und wir haben das ja auch immer gesagt. In England scheint jetzt das Verständnis für die Lage aufzuklämmern. Und die Wut der deutschen

Presse gegen Macdonald ist der Beweis, daß Deutschland tatsächlich nichts so fürchtet, wie die Einigkeit zwischen Großbritannien und Frankreich. Wir dürfen aber dabei die unerlässliche Verhandlung mit Italien nicht vergessen. Ein Dreieck Italien-Frankreich-England würde die beste Friedenssicherung für Europa sein. Man weiß das bei uns und man arbeitet dafür. Aber um ihn zu ermöglichen, bedarf es vor allem der inneren Einigkeit. Denn, so schließt Wallas, wenn man den näheren Frieden wünscht, muß vor allem im Lande selbst Frieden herrschen.

„Fantasie-Erzeugnisse“

von Ribbentrop dementiert und bestätigt

London, 12. Nov. Nach seiner Unterredung mit Eden wurde Herr von Ribbentrop von einem Vertreter des Reutersbüros danach befragt, ob es stimme, daß er die Frage einer Rückkehr Deutschlands in den Völkerbund und in die Abrüstungskonferenz angeknüpft habe, wobei er die Bedingung gestellt hätte, daß Deutschland von den Militärführern des Versailler Vertrages entbunden würde. Ribbentrop erklärte, er wisse davon nichts, wahrscheinlich handele es sich bei dem Gerücht um ein Fantasieerzeugnis. Deutschland wüßte eine europäische Solidarität und eine Zusammenarbeit auf der Grundlage der Gleichberechtigung aller. Nur eine solche Zusammenarbeit könne die Krise beseitigen.

Unter der „Grundlage der Gleichberechtigung“ versteht aber Hitlerdeutschland die Legalisierung seiner Aufrüstung und das setzt die Preisgabe der einseitigen Entwaffnungsbedingungen im Versailler Vertrag voraus.

Der „Führer“ ohne Autorität

Der Kirchenstreit d'eib! auswegslos

Hitler wünscht ein schnelles Ende des protestantischen Kirchenstreits herbei. Er empfing die oppositionellen Bischöfe, hörte die Klagen einiger Gauleiter und erklärte schließlich, daß er sich fortan um den Kirchenkampf nicht mehr kümmern werde. Die Streitenden sollten ihre Auseinandersetzungen „unter sich austragen“. Diese „Lösung“ bewies die Hilflosigkeit des „Führers“. Sein totaler Gleichgültigkeitswille hat den Konflikt entzündet. Als ihm die Klagen zu hoch schlugen, erklärte er sein Desinteresse. Aber es ist zu spät. Der Protestantenstreit frist weiter, und Hitler kann ihn nicht mehr eindämmen. Er ist ohne Autorität.

Täglich verschärft sich die Lage und mehrt sich die Verwirrung. Dinge kommt die Rückficht auf die Saar. Alle Einlenkungsversuche erfolgen nur dem Schein nach, um die Abstimmung nicht zu gefährden. Viele glauben, daß nach dem Plebiszit ein rückwärtsloses Gewaltregiment einziehen würde, sowohl gegenüber dem opponierenden Protestantismus wie dem Katholizismus gegenüber. Hitler verliert, seine alten Kämpfer unter den „deutschen Christen“ so lange wie möglich zu halten und darum die Entscheidung — die ihm die Entwicklung freilich schon aus der Hand genommen hat — zu vertagen.

Die Theologieprofessoren gegen Müller

Sie verweigern die Prüfungen ...

Berlin, 12. Nov. Wie sehr sich die Lage im Kirchenkampf verschärft, beweist ein sensationeller Beschluß der Mehrheit der deutschen Theologieprofessoren. Sie weigern sich, künftig noch im Namen der Reichskirche als Examinatoren bei theologischen Prüfungen zu wirken, solange Müller im Amte bleibe. Dadurch besteht die Gefahr, seinen Pfarrernachwuchs mehr zu bekommen. Unter den 118 Namen (die Professoren, die Müllers Rücktritt fordern) finden sich auch diejenigen Prof. Goarrens (Breslau) und Prof. Rejers (Tübingen), die früher zu den „deutschen Christen“ gehörten und ihnen dann enttäuscht den Rücken gekehrt. Auch der Dekan der theologischen Fakultät in Berlin und frühere Universitätsrektor Deichmann unterstügt die De-

missionsforderung, ebenso mehrere seiner Berliner Kollegen, die schon im Sommer die mutige Proklamation der 34 Hochschullehrer gegen das offizielle Kirchenregiment unterschrieben hatten. In der neuesten Nummer des kirchlichen Gesichtsblatts erklärt Reichsbischof Müller nochmals, er denke gar nicht an eine Demission.

Meiser predigt ...

Er glaubt an den „Führer“

München, 12. Nov. Am Sonntag predigte Bischof Meiser von Bayern in der Kirche St. Mathias in München vor 3000 Zuhörern. In seiner Predigt sprach er von dem Frieden, der mit Hitler geschlossen worden ist und betonte, daß sich niemand gegen den neuen Staat auflehnen solle, welcher, wie er sagte, „unter den größten Schwierigkeiten in solch schwerer Zeit aufgebaut wurde“.

Meiser forderte die Gläubigen auf, mit ihm gemeinsam zu beten, damit der Führer und Reichskanzler sein großes Werk der deutschen Wiedergeburt erfüllen könne. Die protestantischen Theologieprofessoren der Universität Tübingen, die sich nach Stuttgart begeben hatten, um dem Bischof Sturm ihre Treue zu bezeugen, haben am Sonntag eine große Demonstration zu Ehren des Bischofs veranstaltet. Eine zahlreiche Menge schloß sich den Studenten an und begrüßte den Bischof in den Straßen.

Der zähe Müller

Die Wirkung seiner Erklärung

Berlin, 12. Nov. Müllers jüngste Erklärung, daß er auf seinem Posten verharren wolle, hat die Befennniskirche erneut auf den Plan gerufen. Sie hat jedoch große Schwierigkeiten, weil auch die Kirchenblätter nichts mehr über die Auseinandersetzungen bringen dürfen. Sie muß daher ihre Anhänger durch Broschüren und durch Flugblätter oder durch direkte Information in geschlossenen Versammlungen und von der Kanzel herab auf dem Pfandenden halten. Wie man in den Kreisen der Befennniskirche hört, will man von diesen Möglichkeiten so oft Gebrauch machen, als dies möglich ist.

„Vive Doumergue“!

Großer Aufmarsch der französischen Rechten

Paris, 12. November 1931.

Eine Anzahl von Rechtsorganisationen hat den Jahrestag des Waffenstillstandes dazu benutzt, um ihre Anhänger zu einer großen Demonstration für den bisherigen Ministerpräsidenten Gaston Doumergue und damit für eine Regierung der harten Hand aufzurufen. Der Aufforderung der Rechtsorganisationen haben viele Tausend von Personen Folge geleistet. An der Demonstration beteiligten sich die Jeunesse-Patrioten mit dem Pariser Abgeordneten Fallinier an der Spitze. Die Universitätsjugend, die Patrioten-Liga, die Aktion française sowie auch die Franzosen in ihren blauen Hemden und die antisemitische, wie behauptet wird, von Goebbels inszenierte Solidarité française. Das eigentliche Gepräge gaben der Demonstration die disziplinierten und wohlorganisierten Reihen der Croix de Feu mit dem Oberst de La Roque an der Spitze.

Die Demonstranten trafen die breite Avenue de Rome, wo sich die Privatwohnung von Doumergue befindet, ebenso die anliegenden Straßen. Oberst de La Roque hielt eine kurze Ansprache, in welcher er erklärte, daß die Demonstration dem großen Franzosen gälte, der nach den Ereignissen vom 8. Februar den Bürgerkrieg in Frankreich verhindert hätte. Seine Ansprache schloß er mit dem Ruf: „Es lebe Doumergue!“

Dieser Ruf hallte stundenlang in der Avenue de Rome wider, und Doumergue ist wiederholt auf dem Balkon seines Hauses erschienen, von der Menge fürnehmlich begrüßt.

Abgeordneter Faillinier und Oberst de La Roque suchten Doumergue in seiner Wohnung auf. Es fiel auch auf, daß unter den Besuchern Marshall Fétain und der auf seinem Posten verbliebene Luftfahrtminister, General Denain, waren.

Diese Demonstration, die die Stärke der Rechtsorganisationen in der französischen Hauptstadt offenbarte, wird in politischen Kreisen lebhaft besprochen.

Oesterreichische Stimme zum Schicksalstag der Saar

Das „Neue Wiener Tageblatt“, das, unter dem Regime des österreichischen Faschismus erscheint und deshalb keineswegs verdächtigt werden kann, daß es der antisemitischen Front an der Saar wohlgesinnt ist, veröffentlicht einen Artikel über die nächste Zukunft des Saargebietes, der eben deshalb interessant ist, weil er in einem Blatte steht, das zu unseren Gegnern gehört. Das Blatt schreibt in seiner Ausgabe vom 11. November unter anderem:

Die Stärke der Antifaschisten

„An Paris wußte man bis zum 30. Januar 1933, daß fast hundert Prozent der Stimmen für Deutschland bereit ständen. Erst seit Hitlers Regierungsantritt und namentlich seit dem 30. Juni 1934 ist bei einem nicht unbeträchtlichen Teil der Bevölkerung, der sich nicht der Diktatur des „dritten Reiches“ unterwerfen will und der selbst von nationalsozialistischen Optimisten auf mindestens 30 Prozent geschätzt wird, die Meinung entstanden, sich für die Fortdauer des keineswegs vollstimmlichen Völkerverbundes zu entscheiden.“

Der Völkerverbund hat unter der Voraussetzung, daß zu dieser Zeit eine von inneren Unruhen nicht gestörte, wahrhaft freie Wahl geschähe, die Abstimmung auf den nach dem Vertrag nächstmöglichen Termin, am Sonntag, den 13. Januar 1935, festgesetzt. Noch im April dieses Jahres hat der bekannte Großindustrielle Hermann Röbling die Behauptung aufgestellt, die nach Auflösung aller bürgerlichen Parteien nicht ohne starken moralischen Druck gebildete „deutsche Front“, zu deren eifrigsten Führern er zählt, werde Hitler neunundneunzig Prozent der Stimmen zuführen. Auch er wird diese Schätzung heute kaum aufrecht erhalten angesichts der noch immer wachsenden Agitation, die die Parole „Für Deutschland — gegen Hitler“ auslöst.

Die Entscheidung des Völkerverbundes

Man erkennt, welche ungeheure Verantwortung dem Völkerverbund aufgebürdet worden ist, nachdem die Möglichkeit, ja die Wahrscheinlichkeit gegeben ist, daß ein nicht unerheblicher Teil der Stimmen sich gegen die sofortige Vere-

einigung mit Deutschland aussprechen wird. Dabei muß noch auf die weitere Komplikation hingewiesen werden, daß in dem Kapitel über die Volksabstimmung nicht von einer Entscheidung des Völkerverbundes, sondern des Völkerverbundes die Rede ist, so daß offenbar ein letzter Appell an die Volkerversammlung des Völkerverbundes zulässig wäre. In Deutschland selbst ist die Meinung weit verbreitet, Deutschland könne sofort vom Saargebiet Besitz ergreifen, wenn sich am 13. Januar 1935 eine Mehrheit für die Vereinigung mit Deutschland ausspreche. Das wäre selbst dann nicht der Fall, wenn alle Stimmen für Deutschland abgegeben würden. Die Bestimmungen über die Völkerverbundsentscheidung sind hier in verhängnisvoller Weise ebenso verhängnisvoll wie jene, die zur Verletzung Oberösterreichs geführt haben. Der Völkerverbund ist an das Datum nicht gebunden, sondern entscheidet mit Stimmenmehrheit nur „unter Berücksichtigung des durch die Volksabstimmung ausgedrückten Willens“ darüber, unter welcher Souveränität das Gebiet tritt. Man kann vernünftigerweise voraussetzen, daß Willkür nach Möglichkeit vermieden werden wird. Nach dem Vertrag aber könnte der Völkerverbund entscheiden, daß das Saarland entweder ganz oder zum Teil unter dem gegenwärtigen Regime bleibt, entweder ganz oder zum Teil mit Frankreich, entweder ganz oder zum Teil mit Deutschland vereinigt werden soll.

Der Schicksalstag

Am Friedensvertrag ist keine Frist angegeben, bis zu der nach der Abstimmung eine Änderung des Regimes durchgeführt werden muß. Die Uebergangsfrist wird jedenfalls nicht kurz bemessen sein, und sie wird wohl davon abhängen, wann der Völkerverbund die Garantien für die von ihm gestellten politischen und wirtschaftlichen Forderungen als erfüllt anerkennen wird. Also selbst wenn der Völkerverbund das Abstimmungsergebnis so auslegt, daß die Vereinigung mit Deutschland dem Willen der Saarbevölkerung entspricht, wird wohl noch viel Wasser die Saar abwärts fließen, ehe diese Vereinigung tatsächlich erfolgt sein wird. Die Verantwortlichkeit des Rates ist aber um so größer, als die Entscheidung eine Freitragfrage ersten Ranges für die nationalsozialistische Regierung geworden ist. Der nahe bevorstehende 13. Januar ist also ein europäischer Schicksalstag.

Rückgliederung gefährdet Saarkohlenabsatz

Guillaumes Erklärungen

Wir haben wiederholt an dieser Stelle an Hand von Zahlenmaterial den Beweis erbracht, daß der Anschluß an Hitlerdeutschland den Saarkumpels Arbeitslosigkeit und Not bringt, weil dann für die saarländische Kohle kein Absatz im bisherigen Umfang mehr vorhanden sein wird. An die letzten Versicherungen, die Guillaumes letzterzeit in Zweifeln gemacht hat, glauben selbst die Anhänger der Röhling-Front nicht mehr, da man auch dort den Wert der Versicherungen dieses Völkerverbundes zur Genüge kennt. Immerhin verläßt man aber seitens der Röhling-Front die Tatsache zu behaupten, daß im Falle der Rückgliederung der Saarkohlenabsatz mindestens um die Hälfte zurückgehen wird. Es wird nämlich seitens der Hitleranhänger an der Saar die freche Behauptung aufgestellt, daß die Gefahr des Niederganges der Saarkohlengruben im Falle der Rückgliederung angeblich zu den „üblichen Grenzermärgern“ der Emigranten gehöre und daß angeblich die Franzosen selbst im Falle der Rückgliederung nach wie vor die Saarkohle abnehmen würden.

Zudem hat der Generaldirektor der Saarkohlen, Guillaume, eine Broschüre „Die Handelspolitik der französischen Domänen der Saar“ herausgegeben, in welcher von dieser mangelhaften und schuldigen französischen Seite unsere Grenzermärgern voll und ganz bestritten werden. Am Schluß seiner interessanten Broschüre legt er sich mit Röhling auseinander und erklärt, daß einem weiteren Anwachsen der Verwendung von Saarkohle in den österreichischen Industrie, die Tatsache der veränderten Konkurrenz belgischer und holländischer Gruben im Wege steht. Dann schreibt Guillaume wörtlich:

Unabhängig von jeder politischen Erwägung, ist es doch einleuchtend, daß ein Regimewechsel im Saargebiet diese Schwierigkeiten nur vergrößern würde, die Anwendung der Zolltarife und die aus der Aufhebung der Gemeinschaftstarife sich ergebende Erhöhung der Verkaufskosten würde wahrscheinlich diese Schwierigkeiten zu unüberwindlichen Hindernissen steigern.

Für die anderen Kohlenarten als die Koksarten gilt dies noch vielmehr. Und glaubt jemand, daß der französische Bergarbeiter zum Vorteile seines saarländischen Kollegen weiterhin Festhalten hinnehmen würde, wenn das Saarregime sich verändert? Es handelt sich um vier bis fünf Millionen Tonnen jährlich.

Aufgabe der Saarländer ist es, in Kenntnis des Sachverhaltes über ihr Schicksal zu entscheiden. Frankreich hat immer alle politischen Meinungen im Saargebiet respektiert. Es hat nie daran gedacht, die Saarländer französischer Herkunft, die sich unter den feurigsten Vorkämpfern für die Rückkehr der Saar zu Deutschland befinden, als Verräter hinzustellen. Sollte sich aber die Frage stellen, dann wird Frankreich berechtigt sein, die wirtschaftlichen Folgen dieser

Rückkehr am Maßstab seiner eigenen Interessen, deren Würdigung ihm allein zusteht, zu beurteilen.

Aus diesen Mitteln Guillaumes geht also deutlich hervor, daß wenn das Saargebiet zu Hitlerdeutschland kommt, die Franzosen nicht mehr daran denken werden, die vier bis fünf Millionen Tonnen saarländischer Kohle abzunehmen. Die Folge wird dann erhöhte Arbeitslosigkeit und wirtschaftlicher Niedergang der Saar sein.

Frankreich besteht auf seinen Forderungen

Budapest, 11. Nov. Gerade in der Entwicklung der Saarklage, zeigte sich, daß das jetzige Regime in Deutschland aufschwerfte die deutschen Interessen geschädigt hat. Dieses Regime hat aus parteipolitischen Erwägungen heraus, um sich an der Macht halten zu können, die Südtiroler an den italienischen Faschismus und die deutsche Bevölkerung im Korridor an Polen verraten; es hat auch als Regime der Barbarei die Saarbevölkerung gespalten. Wenn eine wirklich deutsche und nicht völkerverderbende Regierung heute in Berlin ihren Sitz hätte, dann würde die Frage der Rückgliederung an der Saar überhaupt nicht diskutiert werden.

Aber die Hitlerregierung hat nicht nur eine Spaltung in der Saarbevölkerung gefördert, sie hat darüber hinaus durch die Miswirtschaft, die sie betrieben hat, der Rückgliederung unüberwindliche Hindernisse in den Weg gestellt. Denn das bankrotte „dritte Reich“ ist praktisch nicht in der Lage, die Kohlengruben zurückzukaufen und die im Saargebiet investierten ausländischen Gelder zurückzahlen. Indessen zeigt es sich immer deutlicher, daß Frankreich unter allen Umständen die Wahrnehmung seiner wirtschaftlichen Interessen gesichert haben will. In dieser Beziehung ist es bezeichnend, was eine machende französische Persönlichkeit dem römischen Korrespondenten des hiesigen „Pechin-Raport“ gegenüber erklärt hat. Der französische Gewährsmann, der sich in Rom anlässlich der Sitzung der Dreier-Kommission aufgeschlossen hat, sagte dem Korrespondenten:

„Frankreich werde niemals zustimmen, daß vor der endgültigen Lösung der wirtschaftlichen Fragen Deutschland das Saargebiet behalte. Frankreich sei sich darüber im Klaren, daß nach einer eventuellen deutschen Besetzung die berechtigten Interessen Frankreichs nicht mehr durchgesetzt werden könnten. Es sei diese Frage nicht erledigt, dürfte kein behördlicher Vertreter Deutschlands das Saargebiet betreten.“

Diese unzweideutige Erklärung zeigt, welche enorme Komplikationen im Saargebiet entstehen würden, wenn sich wider Erwarten bei der kommenden Abstimmung eine Mehrheit für Hitler ergeben würde.

Sichert den bedrohten Frieden!

Heraus zu den Saalbau-Rundgebungen in Neunkirchen am Samstag, dem 17. 11., abends um 20 Uhr, in Saarbrücken am Sonntag, dem 18. 11., nachmittags um 17 Uhr.

Es werden sprechen: Diplomingenieur und Regierungsbaumeister Oberbach — Dr. Bölllein, ehemaliger Redakteur der „Saarbrücker Zeitung“ und eine Reihe weiterer bekannter Persönlichkeiten.

Thema: Saarabstimmung und Frieden. Das Initiativkomitee: gez. Feid, Ingenieur, Bertheimer, Rechtsanwalt, Dr. med. Franke, Dr. med. Drucker, Professor Grein.

Ihre Beteiligung und Mitwirkung haben angefragt die antisemitische Einheitsfront und eine Reihe weiterer Friedensorganisationen.

Die große Versammlungswelle

Am Samstag, Sonntag und Montag hat die sozialistische, kommunistische Einheitsfront ihre stürmische Versammlungswelle in zahlreichen Orten des Saargebietes weiter vortragen. Trotz aller Abförmungsmittel waren die Versammlungen glänzend besucht, zum Teil überfüllt. In allen Rundgebungen sprachen neben anderen Rednern die unermüdbaren Führer der Einheitsfront Max Braun und Fritz Fioridi. In zahlreichen Versammlungen nahm auch Vater Dörr das Wort. Der Streikterror unmittelbar vor den Versammlungsräumen hat sich nicht mehr in der bisherigen frechen Form bemerkbar gemacht. Die Einheitsfront dringt vor.

Vertragsbruch!

Vier Tage sind bereits seit Veröffentlichung der letzten Ehrenliste der Ausgebürgerten vergangen und dennoch ist bis heute weder von irgend einer Stelle des Völkerverbundes, noch von der Regierungskommission des Saargebietes, noch von der Abstimmungskommission zu diesem eklatanten Vertragsbruch der Berliner Regierung offiziell Stellung genommen. Wir haben zwar aus Genf berichtet, daß im Schöße des Völkerverbundes diese Frage erörtert wird, aber das genügt nicht. In dieser Angelegenheit ist eine Geheimnistuerei unzulässig, es muß zumindestens offiziell von einer maßgebenden Stelle bestätigt werden, daß entsprechende Schritte eingeleitet werden. Wir wollen noch einmal den Sachverhalt skizzieren:

Vor dem Völkerverbund hat die deutsche Regierung feierlich erklärt, sich jeden unmittelbaren und mittelbaren Druck zu enthalten, der die Freiheit und die Aufrichtigkeit der Stimmabgabe beeinträchtigen könnte. Sie hat feierlich erklärt, sich gegenüber abstimmungsberechtigten Personen jeder Verfolgung, Vergeltungsmassnahmen oder Schlichterstellung wegen der politischen Haltung, die diese Personen in Beziehung auf die Volksabstimmung eingenommen haben, zu enthalten.

Eine ganze Reihe von Schriftstellern und Journalisten sind indessen ausgebürgert worden, weil sie den Status-quo-Aufruf unterzeichnet resp. an einer Versammlung von Max Braun teilgenommen haben. Die Ausbürgerung mit dieser Begründung bedeutet einen unzulässigen Druck, der von der Berliner Regierung während des Abstimmungskampfes ausgeübt wird und damit eine Verletzung des Genfer Abkommens, das von demselben Neurath unterzeichnet worden war, dessen Unterschrift auch unter der Ausbürgerungsurkunde steht.

Aber es geschah noch mehr: ausgebürgert ist auch Guillaume Negler, der abstimmungsberechtigter Saarländer ist. Damit hat die Berliner Regierung offensichtlich den zweiten Teil des von uns zitierten Genfer Abkommens verletzt. Selbst das Traan der „deutschen Front“, die „Saarbrücker Zeitung“, gibt offen zu, daß hier ein eklatanter Vertragsbruch vorliegt, indem das Blatt schreibt:

„Es bestätigt sich, daß die französische Presse mit ihren Weidungen über die Rückwirkungen der Entziehung der Reichsangehörigkeit bei gewissen Unterzeichnern zu weit geht. So hatte der Genfer Korrespondent des „Temps“ seinem Blatt gemeldet, die Rechtsabteilung des Völkerverbundes sei beschäftigt mit dieser Frage und sei der Auffassung, daß das Reich in den Abstimmungskampf eingreife, wenn es Leute, wie den Führer von Hohenlohe und Hans Mann wegen Unterzeichnung des Saaraufrufs und Unterstützung der Status-quo-Aufhebung die Staatsangehörigkeit abpreche. Als ob diese etwas mit der Volksabstimmung an der Saar zu tun hätten!“

Nun, Negler hat etwas mit der Volksabstimmung an der Saar zu tun und eben deshalb ist es höchste Zeit, daß die Regierungs- resp. Abstimmungskommission sich dieses Falles annehmen, damit die Bevölkerung an der Saar weiß, daß feierliche Vereinbarungen, die in Genf unterzeichnet wurden, auch tatsächlich eingehalten werden. Es darf nicht so weit kommen, daß bei einem Teil der Saarbevölkerung der Eindruck entsteht, daß Verträge nach berühmtem Vorbild „ein Regen Papier“ seien.

Nach drei Monaten!

Auch ein Berichtigungsversuch

Seit dem 10. August hat die „Deutsche Freiheit“ zahlreiche Fälle von Wahltäuschungen und Wahlterror veröffentlicht, ohne daß ein einziger davon auch nur hätte bestritten werden können. Nach fast 3 Monaten macht die „Saarbrücker Zeitung“ (Nr. 31) endlich den Versuch, eine einzige Meldung zu widerlegen, die am 2. August in der „Deutschen Freiheit“ erschienen ist. Sie stammt aus Eltville am Rhein. Eine Rückfrage von Saarbrücken nach Eltville ist auch im Schnelltempo innerhalb 48 Stunden zu erledigen. Wenn die „Saarbrücker Zeitung“ für ihre Unterjochung fast 3 Monate gebraucht hat, läßt das allerlei Rückschlüsse zu. Wir könnten uns darauf zurückziehen, daß unser Gewährsmann keine Mitteilung aus Eltville an zwei Stellen mit der einschränkenden Bemerkung „es soll“ versehen hat. Vergleich man aber die an uns geklarte Mitteilung mit der letzten „Richtigstellung“ in der „Saarbrücker Zeitung“, so wird z. B. nicht bestritten, daß die Ueberführung des Möbelhändlers Horachel, der Wahlfälschungen behauptet hat, in eine Arrestanstalt verfügt worden ist. Es wird nur gesagt, Horachel sei nie in einer Arrestanstalt gewesen. Das hat in unserer „Zoll-Meldung“ auch gar nicht gestanden. Unser Gewährsmann hat auch nicht behauptet, daß Horachel langjähriges Mitglied der NSDAP. ist, sondern daß er sich als solches ausgegeben hat. Und so wird dann allgemein vorbei „berichtigt“!

Uns scheint, man hat drei Monate gebraucht, um die Sache in Eltville zu verwickeln und durch die Bearbeitung der Kritiker zu regeln. Und nun erlaubt man mit einer Richtigstellung kommen zu können. Wenn die Sache klar wäre, hätte man sofort berichtet. Die Richtigstellung nach drei Monaten aber zeigt, daß in Eltville, wie in tausenden deutschen Orten, tausende Wahltäuschungen vorgekommen sind.

Terror!

Schloßbrücke. Hier hat der braune Dorfgenosse tausenden Anschlag machen lassen:

Abtschrift

„Letzter Aufnahmetermin“

Am 10. November ist der letzte Termin zur Aufnahme in die Deutsche Front.

Es ist den 3 von Stahlhammer Gelegenheit gegeben, sich der Allgemeinheit anzuschließen.

Wer nicht mit uns ist — ist gegen Deutschland. — Alle für Deutschland!

Wir reichen bis zum 10. November noch jedem die Hand, der mit uns gehen will. — Du, deutscher Volksgenosse, gehe Deinem inneren Herzen nach und nicht denen, die Dich irreführen
gez. Walter Groß

Knox über den Terror der „deutschen Front“

Wir zeigen den Abdruck der Denkschrift des Präsidenten der saarländischen Regierungskommission an den Völkerbund fort.

Politik mit Sichtwechsel

Die Boykottmaßnahmen haben einen außerordentlichen Umfang auf den beiden Gebieten des Filmwesens und des Operntheatermarktes angenommen. Die beschlagnahmten Unterlagen geben einen Einblick in die systematisch verfolgte Tätigkeit.

Der Leiter der Abteilung für Filmwesen bei der „deutschen Front“, der ehemalige Gewerbeoberlehrer Wagner, hat einen Plan entworfen, um alle Lichtspieltheater im Saargebiet sich gefügig zu machen. Er entwickelt diesen Plan in einem Schreiben vom 7. Juli 1934, das im wesentlichen folgendes besagt: „Im Anschluß daran hätte ich auch darauf hingewiesen, daß wir in der letzten Phase des Abstimmungsstumpes unbedingt auch die vorhandenen Kräfte zur Abstimmungspropaganda mit heranziehen müssen. Wenn wir das tun wollen, müssen wir dafür Sorge tragen, daß wir die Lichtspieltheaterbesitzer im Saargebiet jetzt schon jetzt in unsere Hand bekommen.“

Nach den zuletzt mit Frau ... gemachten Erfahrungen — Frau ... hatte ihren Saal am 30. Juni Max Braun zur Verfügung gestellt — weiß man bis jetzt noch nicht, ob im gegebenen Zeitpunkt alle Theaterbesitzer sich unreflexlos zur Verfügung stellen. Vor einem Jahre, als wir die Filmbezugsvereinigungen antizipieren wollten, stäubten wir, durch verschiedene Bindungen wirtschaftlicher Art es zu erreichen, daß die Theaterbesitzer für den Abstimmungsstump nach unserem Willen handeln müssen. Die Bezugsvereinigungen sind damals aus bekannten Gründen nicht zustande gekommen. Nach meinem Dafürhalten müssen wir jetzt unbedingt daran denken, etwas anderes zu schaffen, damit die Theaterbesitzer in ein bestimmtes Abhängigkeitsverhältnis zu uns — d. h. der „deutschen Front“ — gelangen. Ich halte es daher für angebracht, daß maßgebende Stellen gemeinsam mit der Arbeitsgemeinschaft der Filmverleiher eine Aktion in die Wege leiten, um den saarländischen Theaterbesitzern ausnahmslos finanzielle Vorteile zu gewähren. Nur dadurch wird es möglich sein, die Theaterbesitzer, die jetzt infolge der schlechten Wirtschaftslage und vor allem auch der zahlreichen Verluste der Saarländer im Reich, schwer zu leiden haben, fest an sich zu fesseln.

Herr Wagner erklärt dann seinen Plan. Es wäre ein Fonds zu bilden. Daus diesem Fonds könnten die Filmrenten prozentual ermäßigt werden, aber nur unter ganz bestimmten Bedingungen. Beispiel: Angenommen, ein Theaterbesitzer hätte für einen Film 100 RM zu zahlen, durch die finanzielle Unterstützung wäre es möglich, 10 RM aus dem Fonds zu tragen. In hätte der Theaterbesitzer angeblich nur 90 RM anzuzahlen.

Für die restlichen 10 RM, die er angeblich nicht zu zahlen brauchte, müßte er dann dem Verleiher einen Sichtwechsel ausstatten, der irgendeiner Stelle zugewiesen würde, um im gegebenen Falle, wenn der Theaterbesitzer später aus der Reihe tanzt, ihm vorgezeigt zu werden. „Wir selbst aber“, erläutert Herr Wagner, „hätten später die Möglichkeit, da wir mittlerweile eine Reihe von Sichtwechseln in die Hand bekommen würden, die Theaterbesitzer so zu beeinflussen, daß sie uns im Abstimmungsstump ihr Theater voll und ganz zur Verfügung stellen. Die Not der saarländischen Theaterbesitzer ist sehr groß, und sie werden gerne zugreifen, da sie einen wirtschaftlichen Vorteil davon haben, und wir — die „deutsche Front“ — haben die Möglichkeit, aus die Saarländer für den Abstimmungsstump in unserem Sinne reflexlos dienlich zu machen.“

„Terrorerfolg wundervoll“

Der Boykott der Zwangsverheirathungen von Säulern wird von Herrn Savellous, dem Gründer und Leiter des Truppbundes für wirtschaftliche Gerechtigkeit, gelobt. Hier geht es darum, die ungehinderte Auswirkung der Besetze dadurch zu unterbinden, daß die Saarländer unter Zwangsauwendung geblendet werden, die durch Gerichtsbeschlüsse insbesondere auf Antrag der ausländischen Hypothekengläubiger zur Verhinderung delinquenter Säuler zu erwerben. In einem Bericht über seine Tätigkeit in den vorhergehenden Wochen äußert sich Herr Savellous wie folgt: „Der Truppbund stellt folgende Forderungen: 1. Es ist unvereinbar mit der Pflicht eines Deutschen, daß er bei der Verhinderung eines solchen Grundbesitzes ein Gebot abgibt... 2. Es ist unvereinbar mit der Pflicht eines Deutschen, daß er auf ein derartig angelegtes Grundstück eine Hypothek gibt oder dem Anleiher einen Kredit gewährt. Es ist gleichfalls und ganz besonders jedes Deutschen unwürdig, daß er ein solches verheiratetes Grundstück unmittelbar oder mittelbar erwirbt...“ Wir haben damit von manchem einen großen Verdacht geordnet...“

„Der Erfolg unseres Nutes war wundervoll überall, wo solche Zwangsverheirathungen drohten, fanden die Verheiratheten keine Kaufleute mehr...“ Es stellte sich dabei heraus, daß diese Ausländer, die Angst um ihre Hypotheken im Saargebiet haben, erst recht keine Grundstücke hier besitzen wollen, zumal, wenn sie bekräftigen, daß sie bei einem solchen Zwangsverheiratheten keine keine Mieter und auch späterhin keine Säuler finden würden...“ Durch das Einwirken des Truppbundes aber sind die Gläubiger die schwächeren geworden. Sie stehen jetzt vor der Wahl, daß sie entweder die Redaktionen des Truppbundes annehmen oder aber überhaupt kein Geld bekommen...“ Die ausländischen Gläubiger sind zu jedem Entgegenkommen bereit.“

Herr Savellous erläutert daraufhin die von ihm getroffenen Maßnahmen zur Senkung des Zinsfußes. Er bemerkt hierzu folgendes: „Der aber es sich nicht, wo der Schuldner nicht den Mut hat, sich an uns zu wenden, weil er dann die Kündigung des Darlehens befürchtet. Diese Furcht ist meist unbegründet, denn wir würden eine solche Kündigung als Hilfe für die Anleiher betrachten und als einen offenen Angriff auf den Truppbund betrachten und entsprechend erwidern.“ Es wird schwerlich behauptet werden können, daß es sich hier um wirtschaftliche Maßnahmen handelt. Herr Savellous selbst erkennt deren politischen Charakter an. Er bestätigt ihn sogar in einem Schreiben, das er am 27. April 1934 an Herrn Würdel, Gauleiter der Pfalz (heute Reichsminister für das Saargebiet), gerichtet hat, und das er aus folgenden Betrachtungen erklärt: Herr Savellous... um die ausländischen Gläubiger teilweise zu bekräftigen, die verfallenen Besätze der Saarländer sowie Gelder aus dem Reich heranzuziehen. Bereits Ende 1933 sah er vor, daß diese Quellen verlegen könnten, und daß insbesondere die Teufelknappheit der deutschen Banken ein Hindernis sein würde. Das er bekräftigte, tritt im April 1934 ein...“ verdoppelt daraufhin seine Schritte bei den deutschen Behörden, insbesondere bei einem Mitarbeiter des damaligen Reichsfinanzers v. Papen. Um seinen Anträgen mehr Nachdruck

zu verleihen, schreibt er an Herrn Würdel den bereits erwähnten Brief, in dem folgende Sätze vorkommen: „Beigefügt erhalten Sie Abschrift eines an Herrn Oberregierungsrat Dr. Wingen, Wiesbaden, gerichteten Schreibens. Ich halte es für notwendig, daß diese Frage der Abschlüsse mit aller Energie angegriffen wird, da sie nicht nur wirtschaftlich und sozial, sondern auch politisch von allergrößter Bedeutung ist. Wenn Geld zur Abführung bereitgestellt werden kann, ist der Truppbund durchaus in der Lage, die Abwehration derartig durchzuführen, daß bei etwaigen Zwangsverheirathungen keine Gebote abzugeben werden und damit der ausländische Gläubiger wieder hilflos oder aber selbst anfeindlich muß. Im letzten Falle muß ich natürlich den Volksgenossen die Versicherung geben können, daß sie nach der Rückgliederung ihr Vermögen wieder erwerben können. Aber auf jeden Fall muß ich wissen, wie ich mich einzustellen habe, da selbstverständlich die Aktion des Truppbundes von ganz anderem Ernste ist und viel härter sein muß, wenn sie derartig auf die rückfällige Abwehr ausgerichtet sein soll.“

Berlin erzwingt Gleichschaltung

Die vorstehend angeführten Beweise dürften genügen, um den idealen Charakter des inoffiziellen Boykotts festzustellen, der von der Organisation des Herrn Savellous durchgeführt wird, und dem, wie Herr Savellous selbst erklärt, politische Absichten keineswegs fremd sind.

Die gleichen Methoden lassen sich schließen, wenn es sich um die „deutsche Front“ darum handelt, die verschiedenen Verbände und Vereinigungen des Saargebietes, selbst diejenigen, deren Ziele mit Politik rein gar nichts zu tun haben, unter ihre Kontrolle zu bringen (sachlichhaltend). Hierzu könnte man Beispiele anführen: einige würden erkrankliche Dinge enthalten. So wurde selbst der Saarländischer Truppbund des Saargebietes von der Gleichschaltung nicht verschont. Der Vorsitzende mußte auf Befehl von Berlin (Ministerialdirektor Sanders) erlegt werden, weil er an einem Turnier in Saarbrücken (Frankreich) teilgenommen und bei dieser Gelegenheit einige Worte über den Truppbund und die dortigen Angelegenheiten gesprochen hatte. Soar das Reichspropagandaministerium hält es der Mühe wert, sich mit der Angelegenheit zu befassen; sein Einwirken liegt attemmäßig fest.

Landgerichtsrat als Denunziant

Neben dem Boykott besteht als weiteres Druckmittel die Denunziation bei den deutschen Behörden. Ein junges Mädchen der armeren Stände, das in der Küche eines Krankenhauses beschäftigt ist, wird Ende März 1934, obwohl sie eingeschriebenes Mitglied der „deutschen Front“ ist, wegen Propaganda für die freien Gewerkschaften denunziert.

„Ich bitte deshalb, da die a. B. ... des Stierens zum Verleumdung ihrer Mutter nach a. B. ... (Reichsgebiet) fährt, um ihre scharfe Beobachtung beim Grenzübergang und um entsprechende Mitteilung an unsere Gewährungsamt. Anherdem bitte ich um vertrauliche Behandlung der vorerwähnten Angelegenheit.“

Am 25. Juni 1934 wird ein gewisser M. ... der „Heil Wollau“ seit „Heil Hitler“ gerufen hatte, denunziert. Der Ortsgruppenleiter der „deutschen Front“ schreibt: „Wir haben sofort telefonisch und schriftlich den Saarländischen Truppbund für diese Fälle, den Sturmhaufen des SA-Sturmabteilung 14 Wöhrden, von der Sachlage unter Zeugnisausgaben in Kenntnis gesetzt.“

Der Leiter der Rechtsabteilung, Herr A. r. e. u. d. e. r. e. t., der noch vor kurzem Richter am Landgericht Saarbrücken war, schenkt sich nicht, am 24. Juli 1934 einem nationalsozialistischen deutschen Beamten Anstufte über einen politischen Aktivismus zu erteilen. Er gibt die Adresse an sowie Einzelheiten über sein Privatleben und list hin, daß er in Flüchtlings- und kommunistischen Kreisen verkehrt.

Auf die Ausführung weiterer Beispiele kann verzichtet werden. Es wird niemandem entgehen, daß die vorstehende Schilderung zahlreiche tragbare Handlungen erkennen läßt. Die meisten fallen unter die am 1. Juli 1934 mit Wirkung vom 11. Juni 1934 in Kraft getretene Amnestie. Bemerkenswert ist nichtdeheweniacer, daß die Betroffenen recht selten Aktive einreichen. Die Fälle sind zahlreich, in denen Saarländer, die sich bei der „deutschen Front“ bekehrten, ausdrücklich erwähnen, daß sie „aus leicht bezeuglichen Gründen“ von einer Anklageerhebung Abstand nehmen.

SA-Ordnungsdienst

Nach den Angaben, welche die „deutsche Front“ sowohl in der Presse als auch in Beantwortung von Anfragen der Regierungskommission gemacht hat, soll die Aufgabe des Ordnungsdienstes darin bestehen, die Ordnung innerhalb der Partei aufrechtzuerhalten, sowie die Wahrung der Disziplin und Beobachtung der gegebenen Anweisungen zu sichern. Er sollte den Uebereiler von Parteimitgliedern und die Befehlsgewalt politischer Gegner unterbinden.

„In Wirklichkeit ist er eine verkappte Polizei, welche die Mitglieder, die selbst die Führer der Partei übermüht, und eine in ständiger Alarmbereitschaft und zum Einlass auf der Straße herbeischallende „Kraft“. Die Regierungskommission hat über die lächerliche Zusammenziehung zahlreicher Mitglieder der „deutschen Front“ bei gewissen Anlässen berichtet (Zwischenfälle in Saarbrücken, Durchmärsche in Saarbrücken und Prebstal mit Fahnen, und Wortschreibern arbeitender Weibdienst wurde beschlagnahmt. Es unterliegt keinem Zweifel, daß es sich hierbei um den Ordnungsdienst handelt.“

Der organisatorische Aufbau des Ordnungsdienstes ist demjenigen der „deutschen Front“ ähnlich: er besteht aus den einzelnen Mitgliedern des Dienstes weiter findet man den Stellvertreter, den Sektionsleiter und den Kreisobmann. Der Leiter der „deutschen Front“ sind zwei Inspektoren des Ordnungsdienstes zugeteilt, die Herren Conrad und P. a. d. o. r. e. r. beide sind frühere Führer der anfallschen SA (Sturmabteilungen) und SA (Schutzstaffeln). Ein Schriftstück enthält eine Aufstellung der Bezirke und Versammlungsorte des Ordnungsdienstes im ganzen Saargebiet, nach Bürgermeistereien geordnet. Karten sind als Anlagen beiliegend. Man erfährt daraus, wie das ganze Saargebiet von einem lückenlosen Netz dieser Polizei, die über sämtliche Verkehrsmittel verfügt, überwachen ist. Bei dem erwähnten Schriftstück handelt es sich um einen Mobilisierungsplan im wahren Sinne des Wortes den ein vom 27. Juni 1934 datiertes Schriftstück übrigens „Dispositionen“ nennt. Nach Informationen, die der Regierungskommission aus anderen Quellen zugegangen sind, beläuft sich die Effektivstärke des Ordnungsdienstes auf annähernd zehntausend Einheiten, unter Einschluss von 1500 weiblichen Mitgliedern.

Der Ordnungsdienst ist oft nicht gern gesehen bei den einzelnen Parteimitgliedern, sowie Parteifunktionären. Die Er-

nennung seiner Unterführer bietet zu Konflikten Anlaß, die — nach der Zahl der beschlagnahmten Schriftstücke zu urteilen — die Vorgesetzten stark zu beschäftigen scheinen. Man kann sich des Gefühls nicht erwehren, daß der Ordnungsdienst die im Reich den SA zugeordneten Aufgaben erfüllt. Das wird von dem Leiter dieses Dienstes in St. Johann (dem bedeutendsten Stadtteil von Saarbrücken) in einem Schreiben vom Monat Juni 1934 ohne weiteres angenommen: „Meine Anfrage an den Leiter des Ordnungsdienstes nebst dazu, zu wissen, wer dem Ordnungsdienst Anweisungen zu erteilen hat. Die Ortsgruppe oder der Leiter des Ordnungsdienstes (im Reich der Sturmführer oder Sturmabteilungsführer), damit man weiß, welchen Befehl wir als Unterführer befolgen sollen.“

Welches sind die Aufgaben des Ordnungsdienstes?

Um hiervon eine Vorstellung zu geben, genügt es, aus den Akten einige Stellen wahllos herauszugreifen: Man sieht ihn beschäftigt mit der

Überwachung der Festlichkeiten, der Kundgebungen, der Airreffen, mit der Abfassung geheimer Berichte, sowohl über Parteimitglieder, als auch über Gegner, mit der Aufdeckung von Mißbräuchen in dem von der „deutschen Front“ durchgeführten Winterhilfswerk oder von Unregelmäßigkeiten, die aus Anlaß der verbilligten Arbeiterfahrten nach dem Reich begangen wurden.

Ein Parteimitglied gibt seinem Ehegatten darüber Ausdruck, daß eine geheimerische Partei Flugblätter verteilen konnte, „ohne daß ein Ordnungsdienst in Aktion trat. Ich selbst habe morgens in der Dämmerung durch Mittelader der ehemaligen NSDAP einen Teil des Ortes laubend lassen“. Der Leiter des Ordnungsdienstes im Kreise Saarbrücken beschwert sich unterm 6. Juli 1934 darüber, daß der Kreisleiter der Partei ihm nicht die Benutzung des Autos verweigert: „Wie Sie selbst wissen, hat der Ordnungsdienst in nächster Zeit größere Aufgaben zu erfüllen, und da der Kreis Saarbrücken 79 Ortschaften hat, die zum größten Teil weit auseinander liegen und schlecht zu erreichen sind, ist es mir nicht möglich, dieses alles per Fahrrad zurückzulegen.“

Er bittet, ihm einen kleinen, älteren Wagen zur Verfügung zu stellen, denn „der Wagen der Kreisleitung Saarbrücken ist zu kurz. Wenn ich einmal eine Fahrt damit mache, werde ich das Gefühl nicht los, daß das Volk heimlich zusehen kann, siehe, da kommt schon wieder mal ein Bunge von der Kreisleitung.“

Pirros Patschtruppen

Die Ordnungsdienstliche erhalten eine besondere Ausbildung. In einem Schriftstück vom 25. Juni 1934 wird erwähnt, daß eine der Sektionen des Ordnungsdienstes dem Eisenbahnerverband angeschlossen worden sei, und daß die Uebungsstunden jeden Mittwoch im Volksgarten stattfänden. In einem anderen Schriftstück vom 2. Juli 1934 beklagt sich die Deutsche Turner- und Sportvereine, daß ihre dem Ordnungsdienst angehörenden Mitglieder an besonderen Uebungsstunden teilnehmen müssen. Der Ordnungsdienst bildet jedenfalls einen zur Verfügung der „deutschen Front“ stehenden Nachtrakt. Das schreibt sogar einer ihrer Leiter, Herr Conrad, am 5. Juli 1934 an Herrn Pirro selbst in zwar vorsichtig gewählten, aber doch genügend klaren Worten:

„Daß das Band der Kameradschaft uns alle an der Saar umschlingen möge, daß wir zu einer Einheit zusammen geschlossen werden müssen, damit der Landesleiter über eine zuverlässige Kraft verfügen kann, wenn es gilt, seiner Politik zur Durchführung zu verhelfen, und wenn es sein muß mit notwendigem Nachdruck zu verfahren.“

Ueber diese Organisation wird mit Vorbedacht großes Stillschweigen bewahrt. Doch liegt ein unbeschreibliches Zeugnis vor, das von Herrn Kiefer, Leiter der Gewerkschaftsfront und Landespropagandaleiter, stammt. Einer seiner Mitarbeiter legt in einem Bericht vom 5. Juni 1934 an Herrn Pirro im Auftrage des Herrn Kiefer des letzteren Ansicht über verschiedene Fragen dar. Es heißt darin:

„Herr Kiefer hält den Ordnungsdienst, wie er sich heute aufbaut, für überaus bedenklich. Es könne der Öffentlichkeit nicht verborgen bleiben, daß Sonntags am Kiechthumsexerziert würde; am Homburg habe man 10 Mann als Ordnungsdienst angeordnet und liebe Sonntags über 60 Mann zu Uebungen antreten.“

Dieses ungünstige Urteil findet sich wiederholt in anderen Schriftstücken, die von weniger autorisierten Personen herrühren. So schreibt ein Bürger von Saarbrücken am 3. Juli 1934 an seinen Ortsgruppenleiter: „Die Marxistenkreise arbeiten auf Grund dieser Verschönerung mit einer unheimlichen Energie. Falls es der „deutschen Front“ nicht gelingt, in ganz kurzer Zeit aus dem Unordnungsdienst einen unbedingt zuverlässigen Ordnungsdienst zu schaffen, wird den 12. Januar 1935 als Trauertag in der deutschen Geschichte verzeichnet können.“

Es wurden verschiedene Schriftstücke gefunden, die ein verschleiertes Weiterbestehen der von der Regierungskommission aufzulösenden SA schließen lassen. Einige sind allerdings nicht recht verständlich: so ein Schriftstück vom 12. April 1934, das die Existenz einer Motor-SA erkennen läßt, welche am 14. April 1934 in Zweibrücken (außerhalb des Saargebietes) eine Feldübungsübung abhalten sollte. Ihr Führer soll seine Leute veranlaßt haben, sich nach Möglichkeit Stiefel und Uniformstücke zu besorgen. Ein vom 12. Juni 1934 datiertes Schreiben offenbart das Bestehen einer Stabswache, die nach dem Vorkauf des Velas selbst als eine Neuschöpfung in Erscheinung tritt. Und kurzlich erst hat eine wegen verbotenen Uniformtragens verhaftete Person erklärt, einer Stabswache anzugehören. Aber auch hier wird die klare Auskunft von Herrn Kiefer gegeben. In einem Schreiben vom 21. Juni 1934, in dem er sich wegen eines agringfügigen Streits zwischen seiner Organisation (der „deutschen Gewerkschaftsfront“) und einem Schützengemeinschaftsverband, schreibt er: „Der Führer des Schützengemeinschaftsverbandes, der aus der früheren SA. abgebaut wurde.“

Schließlich muß noch eine Organisation erwähnt werden, welche einen eigenartigen Namen trägt: die „Erne Br-nade Spaniol“. Diese rekrutiert sich nach einem Schriftstück vom 23. Juni 1934 aus Bewohnern der Gegend von Saarbrücken und besonders von Vörsori — der Heimat des Herrn Spaniol. Diese Brigade soll dem Staatsrat Spaniol vor seinem Sturz einen persönlichen Eid geschworen haben und seine Rückkehr erwarten. Man muß indessen feststellen, daß diese Organisation durch den Ordnungsdienst, insbesondere durch dessen Leiter Conrad, scharf überwacht wird. Zorstellung werden alle Auskünfte über die Anhänger des Herrn Spaniol gesammelt. Beispielsweise wird in einem Bericht vom 23. Juni 1934 die Anwesenheit des Herrn Spaniol selbst im Deutschen Haus am 21. Juni gemeldet. „Herr Staatsrat Spaniol war da und die ganze alte Garde, Unter anderen Viedern wurde auch gelungen.“

„Schlagt die Pirronen tot, Tod dem Pirro.“ (Wozifegung folgt)

Die Reise nach Zion

Die Juden von Palästina - normale Menschen

Ist Goebbels doch ein Jude? „Weltverschwörer“ singen die „Melodie der Arbeit“. Ein Nazi fuhr nach Zion! Welch eine Todesverachtung! Hat denn dieser Nazi nicht den „Stürmer“ gelesen? Kennt er die „Protokolle der Weisen von Zion“ nicht? Aber daß er hinfuhr, ist allein noch nicht das Erstaunliche. Dieser Nazi kam sogar wieder zurück! Lebendig, noch mit allem arischen Blut, das er in seinen Adern hatte! So kann man tatsächlich zu der Annahme gelangen, daß es weniger gefährlich ist, als Nazi nach Palästina, denn als Jude nach Deutschland zu fahren. —

Aber das ist noch nicht genug des Erstaunlichen. Es wird noch viel geheimnisvoller. Dieser Nazi hat nämlich einen Reisebericht darüber geschrieben, der im „Angriff“ erschien. Und noch mehr: dieser Bericht läßt uns die Juden Palästinas als ganz normale Menschen erscheinen. Das ist das Erstaunlichste! —

Da hören wir, daß viele Intelligenzler ihren alten Beruf aufgegeben haben und in die kollektiven landwirtschaftlichen Siedlungen gingen, da erfahren wir, daß die Juden dort in Arbeiterjuden, Händlerjuden usw. zerfallen, daß sie sehr helfsbereit sind, und sie — die „Geldgierigen“ — ohnedreißig noch ablehnten, für geleistete Hilfsarbeiten eine Entschädigung zu nehmen. Wir hören von dem Berichterstatter, der sich schamvoll hinter dem Pseudonym Lim versteckt, daß die Kinder dort so selbständig sind, daß schon die Babys in diesem Land ohne das Führerprinzip auskommen, wir sehen Abbildungen im „Angriff“, die manchen ins Erstaunen setzen werden. Wenn Herr Leers diese Bilder in seine nächste Auflage von „Juden sehen Dich an“ übernehmen wird, werden seine Parteigenossen entrüstet fragen, wie er dazu kommt, Bilder von arischer Arbeit einzureihen! Ueber die jüdischen Babys hat Lim klugerweise ganz geschwiegen, denn das deutsche Rasseamt hätte diese Kinder auszeichnen müssen, weil sie blond und blauäugig zur Welt kommen und die Ziele des deutschen Rasseamtes vorwegnehmen. Erst wenn die Kinder bewußter werden, wenn sie wachsen und reifen, streifen sie diese arischen Eigenschaften großzügig ab, weil sie da schon zu innerlich sind, um auf solche Äußerlichkeiten zu bestehen.

Anerkennend muß Lim über die kolonialisatorischen Fähigkeiten der Juden sprechen, er muß zugeben, daß die Juden das alte Land zu neuem Leben erweckt haben und sich in mühevoller Arbeit die Grundlagen eines neuen Lebens schufen. Das arbeitende Palästina erzwang von ihm ein solches Bekenntnis, daß in diesem Land die „Melodie der Arbeit ertönt“. Auf der anderen Seite sieht er jedoch auch sehr richtig kapitalistische Juden, denen es erheblich besser geht, wodurch er ungewollt zugeben muß, daß die Juden, wie alle Völker, sozial differenziert und keineswegs ein Volk von Rothschilds sind. Auch in politischer Hinsicht enthält dieser Reisebericht kaum Gehässigkeiten, sieht man von redaktionellen Bemerkungen ab. Keineswegs erscheinen die Juden als Urheber der Unruhen, im Gegenteil, sie kommen sehr gut weg. Ist Goebbels vielleicht doch ein Jude? So fragt man sich, wenn man den Bericht verschlungen hat.

Haben wir Palästina nicht stets als das Zentrum der „jüdischen Weltverschwörung“ kennengelernt? Sind die „Protokolle der Weisen von Zion“ wirklich schon überholt? Will Hitler seinen Kampf wieder einmal in einem Punkt revidieren und Rosenberg seine Schriften neu schreiben?

Oder wollen die Nazis gar ihre Emissäre aus Palästina zurückziehen, die mit den Mitteln der deutschen Regierung — konsequent ihrem Programm folgend — gegen Alljuda auch in Palästina kämpfen? Aus dem Bericht Lims müßten sich solche und andere Folgerungen ergeben. Aber die deutsche Stellungnahme zum Judentum ist doppelzünftig geblieben bis auf den heutigen Tag. Während Lims Berichte erschienen, ging die Hege weiter. Die „Deutsche Zeitung“ brachte einen niederträchtigen Artikel über das Scheunenviertel, der heillos verlogen ist. Zugleich teilt sie mit, daß den jüdischen Jugendverbänden durch eine „begrüßenswerte Anordnung des Berliner Polizeipräsidenten“ nun endlich das Handwerk gelegt werde. Die Anordnung bedeutet praktisch die völlige Lahmlegung der zionistischen Tätigkeit. Auf der einen Seite sagt man also: gut so, geht nur los nach Palästina, unsere SA. wird noch für euch sammeln. Auf der anderen Seite sucht man die zionistischen Vorbereitungen mit allen Mitteln zu stören. Inzwischen wurde sogar die „Jüdische Rundschau“ verboten, die immerhin ein bedeutendes Ansehen hinter sich hat, das allein ihre Existenz ermöglicht haben dürfte. Streicher wütet nach wie vor, Kube und andere bescheinigen ihm seine „historische Berechtigung“ und viele Juden leben in der Furcht vor neuen Aktionen gegen sie. Unter diesen Umständen ist das Erscheinen dieses palästinafreundlichen Reiseberichtes sehr geheimnisvoll. Auffallend ist es, daß für die Serie Lims eine rege Propaganda entfaltet wurde, die echt goebbelisch war. Silberstücke wurden auf den Straßen verteilt, die in den Dienst der Propaganda für diese Serie und darüber hinaus für den „Angriff“ gestellt wurden. Besonders der Berliner Westen wurde bearbeitet.

Ganz bestimmt handelt es sich nicht um eine Wendung in der Judenfrage. Aber es ist nicht ausgeschlossen, daß nationalsozialistische Kreise besonders die regierungsfremden und solche, die der Wirtschaft nahestehen, den Antisemitismus „staatsmännlich klüger“ und etwas „kultivierter“ machen wollen, um bei den Deutschen und der alten Bürokratie nicht ganz in Ungnade zu verfallen. Darüber hinaus will man auch mehr gelesen werden. Dem „Angriff“ geht es ja bekanntlich so, daß auch er eher sterben als leben kann. Und wenn jemand „saftigen“ und „aufwühlenden Antisemitismus“ genießen will, dann liest er den „Stürmer“ und nicht diese „Angriff-Stümpererei“.

Aber das kann der Nationalsozialismus nicht tun. Andererseits kann ihm allen Ernstes auch nicht daran liegen, alle Juden Deutschland verlassen zu sehen. Wenigstens einer muß zurückbleiben, denn wer soll für die herannahenden Pleiten und schließlich für die endgültige Katastrophe des Regimes verantwortlich gemacht werden?

Streicher aber wird im nächsten „Stürmer“ schreiben: „Es bleibt das Geheimnis der Weisen von Zion, mit welchen hinterlistigen jüdischen Mitteln sie den alten „Angriff“-Geist gebrochen haben, wie sie diese furchtbare Sabotage unseres besten nationalsozialistischen Gedankengutes in ein Hauptorgan unserer herrlichen antisemitischen und bis über unseren Tod hinaus judasfeindlichen Aufklärungsliteratur hineingeschmuggelt haben. Ist der „Angriff“ den Drohungen Judas erlegen? Oder haben die Freimaurer hier ihre Hände im Spiel? Nagt die jüdische Weltpest nun auch schon an unserem arischen Körper einer judenlosen Zukunft?“

Plätze vergriffen. Im nachtdunklen Garten aber stehen bei schlechtestem Wetter weitere 3000 Menschen und harren demonstrativ aus, trotzdem sie durch die geöffneten Fenster knapp ein Wort verstehen können. Sie bleiben bis zum Schluß. Die sogenannte Gesellschaft sitzt vorn im Saal und gibt bei den Kraftstellen ebenso demonstrativ das Zeichen zum Beifall. An der Spitze die beiden bekanntesten Beamten der Stadt. Allerdings wird der Bischof beim Betreten des Saales mit dem Faschistengruß begrüßt. Statt „Heil Hitler“ begnügt man sich mit „Heil“. Die SA., die keine Karten mehr erhalten hat, wird von der Polizei nicht in den Saal gelassen, da der Saal überfüllt sei.

Der Bischof spricht rein referierend über die juristischen und theologischen Differenzpunkte. Starke Beifallsäußerungen. Nach ihm aber, in des Bischofs Anwesenheit, tritt als zweiter Redner ein jüngerer Pfarrer, Träger eines neuerdings sehr bekannt gewordenen Namens auf. Er spricht mit größter Leidenschaft. Jeden Augenblick erwarten die Anwesenden seine Verhaftung durch die Polizei. Dem Sinn nach und teilweise wörtlich äußert er: Soeben haben Sie ihren Landesbischof gehört, hinter den sich in schriftlicher Abstimmung unter voller Namenszeichnung 88 Prozent der Geistlichen ihrer Provinz gestellt haben. Wir haben in Westfalen auch einen Landesbischof; aber er hat mit Ihrem Bischof nicht mehr gemein als den Titel. Hinter ihm stehen vielleicht 10 Prozent der Geistlichen unserer Provinz. Doch im „dritten Reich“ genügt ja das bekanntlich, um darauf einen Führerauspruch zu begründen. (Starker Beifall, ironische Zwischenrufe). Ueber die heutige Versammlung werden Sie in Ihrer Zeitung oder im Rundfunk selbstverständlich kein Wort hören. Im „dritten Reich“ darf bekanntlich die Wahrheit nicht ausgesprochen werden. (Demonstrativer Beifall). Im „dritten Reich“ gibt es keine Wahrheit (Händeklatschen). Wir sind zu dreien in unserer Familie genealogisch geregelt worden. Mein 75jähriger Vater, dem man die Pfarropension sperrte, mein Bruder, ein früherer Seeoffizier, Vater von sechs Kindern, und ich selbst. Bis heute hat man uns selbst vorenthalten, worauf jeder Mörder vor seinem Tode ein Recht hat: eine Begründung des Urteils gegen uns.

In dieser Form redet der Geistliche zu den Massen, die ihm immer wieder lautesten Beifall zoklatschen . . .

Die Sklaven-Emanzipation

Lob und Heil, ihr großen Mächte,
jubelnd euch gesungen sei,
daß ihr ehrt Menschenrechte
und die Sklaven machtet frei!

Und warum sie's nicht schon waren
Lange, das ist einerlei!
Jetzt nach we'nigen hundert Jahren,
sind die schwarzen Sklaven frei!

O wie glücklich ist's auf Erden!
Völker, singt Judhei, Judhei!
Wenn's die weißen nun noch werden,
dann sind alle Sklaven frei!

Adolf Glaßbrenner (1810—1876)

Theater in Paris

(Stenokritiken)

Im französischen Staatstheater spielt man „Die Geisel“ („L'otage“) von Claudel.

Claudel: Botschafter und Poet, Katholisierend: sehr innerlich: Gewissensdenker.

II

Vorgang:

Der Papst ist die Geisel — in der Zeit Napoleons. Flüchtling in einem französischen Schloß.

Das Schloßfräulein: Legte ihres Stammes. Ihr Vetter: Legter seines Stammes. Verlobnis.

Beide konservativ-aristokratisch.

III

Aber nun kommt ihr Gegenspieler: ein zur Macht gelangter Knecht. Er will das Fräulein zur Frau. Sie opfert sich — um den Papst, die Geisel, zu retten.

Zuletzt jedoch schießt der Vetter auf den gestiegenen Knecht. Der Knecht schießt schneller. Vetter tot. Base tot. Der Streberisch aber wechselt konjunkturfink von Bonaparte zum gekrönten Bourbon. Er wird Graf dafür.

IV

Kern: hier absteigende Geschlechter: dort aufsteigende Geschlechter. Und weil Claudel ein Dichter ist, sprechen beide Gegner überzeugend.

Aber zu lang... Paul Claudel soll zwar im Krieg den merkwürdigen Anspruch getan haben: „Goethe ist ein Esel“ — er scheint aber doch germanisch beeinflusst. (In der Länge).

V

Darstellung:

Stil des älteren Théâtre Française; mit einem gewissen Singsang. So besonders Hervé, welcher den Vetter macht. Aber das Fräulein Ventura, die Base, singsangst selbter: feinfühlig ist sie. Und jener Emporkömmling wird saftig erfrischend bei Herrn Ledoux.

... Hinter den Wänden, den Leinwänden: Summhöre, Stimmen, Responsorien — wie einst im Mai, zu Berlin, als Deutschland ein Theater hatte.

(Hier ist solcherlei was Neues).

K...r

Berichte vom Kirchenkampf

Aus kleinen nordwestdeutschen Städten

Ein illegal im Reich tätiger Freund sendet uns die beifolgenden Berichte. Sie geben wichtige Einblicke in den Kirchenstreit und seine Wirkung an den Orten, von denen man weniger hört. Es handelt sich um die nordwestlichen Gegenden Deutschlands. Der Verfasser ist Akademiker.

In unserem kleinen, rein bürgerlichen Ort, Sitz einer Zentralbehörde und einer Reihe anderer Behörden, treibt ein fanatischer, blutjunger brauner Geistlicher sein Unwesen. Er nimmt trotz seiner Jugend und seiner absoluten Ungeistigkeit in der Hakenkreuz-Hierarchie einen hohen Rang ein. Zu Pfingsten hatte er im Hauptgottesdienst der großen Kirche sieben Zuhörer. Am zweiten Pfingsttage ist die Predigt des zweiten Geistlichen, seines schärfsten Gegners, demonstrativ überfüllt. Ende September verliert dieser zweite Prediger, ein älterer Konsistorialrat, von der Kanzel einen Protest gegen die unredmäßige Autorität des Reichsbischofs. Zwei Tage darauf meldet die Presse lakonisch, seine Beurlaubung. Am folgenden Sonntag schließt sich der dritte Geistliche, ein noch sehr junger Mann, dem Protest des Konsistorialrats ausdrücklich an. Die Folgen sind nicht bekannt.

In dem gleichen Ort wird eine Protestkundgebung gegen die Hitlerchristen improvisiert, bei der um 3 Uhr nachmittags bekanntgegeben wird, daß als Sprecher der Landesbischof Mahrens-Hannover, reden wird. Der Zulauf ist enorm. Da alle Säle der Stadt dem Bischof gesperrt werden, stellt ein Händler eine große Scheune zur Verfügung. Sie ist für die Massen viel zu klein, so daß auf freiem Felde, bei völliger Dunkelheit, getagt wird. Ein Gottesdienst von stärkster Wirkung. Dies um so mehr, als ein paar Wochen vorher der Herr Müller aus Berlin in dem gleichen Ort angekündigt war, aber nicht gesprochen hat.

Noch deutlicher trat die Oppositionsstimmung gegen die Vergewältigung der evangelischen Freiheit in einer anderen Stadt im hohen Nordwesten in Erscheinung. Auch dort wird der Landesbischof Mahrens als Redner angekündigt. Im Nu sind die 1500 Plätze des größten Saales verkauft. Man organisiert zwei Parallelversammlungen in einem kleineren Saal und in einer Turnhalle. Noch einmal sind 1500

Die Methode

Kauf Nazi-Bücher oder — stirb!

Die Läger der verängstigten Verlagsfirmen sind mit diesen Schmarren überfüllt. Kein Mensch will sie kaufen. Das Reichsbuchamt der Reichsschrifttumkammer weiß — wie wir der Fachschrift „Leihbücherei“ entnehmen konnten — auch in diesem Falle Rat. Im Laufe der kommenden Wochen werden alle Leihbüchereibestände einer eingehenden Prüfung unterworfen mit dem Ziele, alles nicht zulässige Schrifttum aus diesen Büchereien zu entfernen. Gleichzeitig wurde eine Liste derjenigen Bücher aufgestellt, die von den Bücherverleihern in kürzester Frist beschafft werden müssen. Neben einem kleineren Prozentsatz bekannter älterer Schriftsteller ist auf dieser Liste vor allem das oben gekennzeichnete „zeit(partei)genössische“ Schrifttum vertreten.

Das Fehlen oder Vorhandensein dieser Bücher ist bei der Feststellung maßgebend, ob ein Leihbüchereibesitzer die erforderliche Eignung besitzt, um seinen Beruf auszuüben. Warum die Reichsschrifttumkammer diesen Umweg macht, um die Leihbüchereien zu ruinieren, ist nicht recht klar. Man könnte sie doch einfach verbieten oder verbrennen. Oder hat der Mut schon nachgelassen?

Die beaune Weherschule

Die Leistungen immer schwächer

Das sächsische Volksbildungsministerium hat zum erstenmal in diesem Jahre sämtliche Oberprimaner der sächsischen höheren Schulen vor dem Abiturienexamen einer Vorprüfung nach einer von Erich Wohlfahrt ausgearbeiteten psychologischen Methode unterzogen, um festzustellen, wem von ihnen nach dem Abitur die Geselligkeit für die Immatrikulation an einer Hochschule verlangte Hochschulreife zuerkannt werden könnte.

Die jetzt veröffentlichten Prüfungsergebnisse rechtfertigen das oben erwähnte Gesetz in vollem Maße. Denn es stellte sich, wie der sächsische Volksbildungsminister Hartzacke erklärt, heraus, „daß es eine Fülle von Geistern selbst in den obersten Klassen der höheren Bildungsanstalten gibt, deren Einfältigkeit und Beschränktheit an diesem Orte schwerste Besorgnis erregt“. Der Unterschied der Bestleistung und der geringsten Leistung erwies sich als „gerade zu unfassbar groß“, und zwar überwogen die Minderleistungen.

Der 9. November

Von René Schickele

René Schickele veröffentlichte im Jahre 1919 eine kleine, inzwischen halb vergessene Schrift: „Der neunte November“. Sie ist eine packende Darstellung von Erlebnissen und Stimmungen an der Wende von 1918 zu 1919, geschrieben von einem leidenschaftlich Mitfühlenden. Vielleicht reizt die Schrift heute viele zum Widerspruch — wie René Schickele wohl auch manches heute mißbilligen mag, was er damals niederschrieb. Aber das mindert die Bedeutung dieser Kapitel nicht herab. Der Ruf an den Geist und an seine Verantwortung gilt heute noch stärker als damals.

4. Fortsetzung

Ich bin für jeden Sozialismus, den ich auf dem Weg, dem langen Weg dahin vermute. Die Bolschewiki sprengen, allein durch ihre Mentalität, schon die ersten Brücken auf dem Weg, sie massakrieren schon nach den ersten Schritten mit ihrer wissenschaftlichen Barbarei die Achtung vor dem Menschen samt allen andern geistigen Tugenden, ohne die wir nie eine Uebereinstimmung der meisten, geweihte denn die Gemeinsamkeit erreichen. Die Bolschewiki könnten in der Theorie zehntausendmal recht haben, ich ginge nicht mit ihnen, weil sie gegen die Menschen gehn.

Ueber sie denke ich letzten Endes, wie Charles Péguy über jene bis zum Grauen unheimlichen Kette dachte, die den Begriff der Hölle gefunden und, nicht genug damit, ihn gehegt und gepflegt haben bis auf unsre Tage. Im ersten Jahrgang der „Cahiers“ schreibt er darüber — die Grippe hält ihn im Hause fest, und er liest Pascal — und er beschwört sich und seine Leser, daß die Möglichkeit, ja die Vorstellung einer Hölle jeder, aber auch jeder zurückweisen müsse, der den Begriff Menschheit ererbt oder für sich erworben habe. „Nie wird“, schreibt er, „dieser Vorstellung zustimmen, wer einen tiefen und aufrichtigen Sinn des Kollektivismus ererbt oder sich zu eigen gemacht hat. Kein Genosse, der die einfache Solidarität kennt“. Dann folgen die paar Sätze, die sehr genau erklären, warum ich die Diktatur des Proletariats, wie die Bolschewiki sie ausüben (ob ganz freiwillig oder gedrängt oder gar gezwungen, ändert nichts an ihrer Art) als die Hölle empfinde, die gewaltigste Hölle, die Hölle auf Erden nicht nur, sondern auch im diesseitigen Jenseits, unsre Vorgänger sagten: in der Republik des Geistes.

„Wir dulden nicht, daß Menschen unmenhlich behandelt werden. Wir dulden nicht, daß Bürger (citoyens) unbürgerlich (inciviquement) behandelt werden. Wir dulden nicht, daß es Menschen gebe, die von der Schwelle irgendeiner Gemeinschaft gewiesen werden. Hier sagt der Grund der Bewegung, die uns beseelt, hier entspringt die große Bewegung der Universität, die die Kantische Moral beseelt, und die uns beseelt in unsern Forderungen. Wir dulden nicht eine einzige Ausnahme, nicht, daß irgendwem die Türe vor der Nase zugeschlagen werde. Die Vorstellung einer Verbannung ist die, die jedem sozialistischen Empfinden am tiefsten widerstrebt.“

Lenin, als der Militarist, der er ist, übt die willkürlichste, die grausamste Form der Verbannung, die Vernichtung. Dieses Wort wimmelt in seinen Schriften und springt aus jedem dritten Satz seiner Reden: Unterdrückung, Ausrottung, Vernichtung. Immer dasselbe Wort. Er kann nicht genug tun damit. Er tanzt das Feuer mit ihm und streut Pechfackeln aus, als ob er säete. Wenn man ihn läßt, wird er nicht ruhn, bis von diesem Feuer die Welt brennt. Bis er auf dem römischen Hügel steht und der Schein der übermenschlich aufgeschossenen Feuersaat den Himmel frißt, er sehr hoch dort steht, aber nahe genug der Galerie, um von einem Literaten das Stichwort zu empfangen: Qualis artifex pereo!

In Lenin und seinen Freunden rast der Krieg ideell in seiner ganzen Erbarmungslosigkeit weiter. Es ist die neueste, wohl kaum die letzte Phase der Gewalt und nicht einmal die vorletzte Phase der Liquidation, in die die alte Welt im August 1914 eingetreten ist.

Seien wir uns darüber klar: der Krieg war die Explosion der Gewalt, und die Gewalt, das ist die Welt, in der die bisherige Menschheit gelebt hat. Die Festungen der Gewalt haben, von ihnen selbst in Brand gesteckt, brechen nun, eine nach der andern, zusammen, das Feuer schlingt weiter, es frißt nach innen, sucht neue Nahrung, immer tiefer, immer weiter. Die Kriegsfackel von 1914, sie ist auch die Kriegsfackel und Waffe der Bolschewiki. Sie haben sie ergriffen, als sie der schwach gewordenen Hand des Gegners entsank, und sie haben sie gegen ihn gekehrt. Nun stößt blindwütig nach oben, was Jahrtausende lang blindwütig nach unten stieß: rücksichtsloser Kampf um die Macht und Behauptung der Macht. Rücksichtsloser Freiheitskrieg mit Repressalien, Prozessionen und Kirchengesang. Der Kirchengesang ist marxistisch, die Prozessionen erweisen sich als so aufklärend, wie ein guter, notgedrungen summarischer Volksunterricht sein kann, und ohne Repressalien läßt sich offenbar kein Krieg führen, nicht einmal ein Freiheitskrieg, nicht einmal einer, der von allen bisherigen Freiheitskriegen vielleicht am ehesten seinen Namen verdiente.

Glaube, Hoffnung, Liebe

Nein, tausendmal nein! Ich bin Sozialist, aber wenn man mich überzeuge, daß der Sozialismus nur mit der bolschewistischen Methode zu verwirklichen sei, so würde ich, und nicht nur ich, auf seine Verwirklichung verzichten. Denn die Erdbewohner hätten es nicht verdient, den Tag zu erleben, wo die Menschheit die geordnete, Menschlichkeit wäre und die freiwillige Arbeit; und das zwanglose Recht ihre natürliche Funktion. Sie wäre es nicht wert, weil sie dazu gar nicht fähig, weil dieser Zustand, durch Gewalt hergestellt und mit Gewaltmitteln erhalten, die größte Lüge wäre, in der jemals Sklaven gelebt hätten.

Nein, tausendmal nein! Ich will keine Sklaven, auch nicht befreite Sklaven, die immer Sklaven bleiben, solange sie, sogar in ihrem eigenen „Interesse“, gezwungen werden

müssen, gezwungen durch Aufseher aus ihrer Mitte oder selbst verführt zur dauernden Anwendung der Gewalt dadurch, daß man eine, natürlich möglichst ohnmächtige Herrenkaste beibehält, deren Unterdrückung den Vorwand abgibt, damit die Sklaven sich als die Herren aufführen. Ich will, daß der Sklave, der Inbegriff dessen, was den Sklaven ausmacht, ob er nun im Klassenkampf, dieser primitiven Lebensform, oben liegt oder unten, ich will, daß der Komplex der Gewalt aus der Welt verschwinde. Darauf, Kameraden, darauf kommt es an. Wobei ich, zu meiner Entschuldigung, auf den Unterschied hinweise, ob einer in Unkenntnis der Sozialismus, der sozialistischen Literatur, seiner Geschichte, seiner Personalien das Blaue vom Himmel herunterschwärmt und solche sehr eigenwillige Fiktion als Sozialismus auszugeben beliebt.

oder, beheimatet auf der sehr gründlichen Basis des Sozialismus, das Wesen der befreienden und die Freiheit organisierenden, geschichtlichen Handlung über alles stellt, hingepflanzt im Gedränge und im Sturm der Parteigeschäfte, der Parteikämpfe, vor den Kompaß, dessen Magnet nach dem Menschheitsziel weist, unerschütterlich und unverführbar und jederzeit im Bewußtsein, daß sein Reich weder von dieser Legislaturperiode ist, noch, vermutlich, von der nächsten.

Wie kennen wir einander! Für euch, Gewerkschaftler, bin ich ein Kolibri, ein hunter Vogel, der nicht beißt. Für euch, Anwerber roter Prätorianer, ein Nichts, ein Hauch in einer belebten Straße, ein Traum, bestenfalls, der am Morgen verfliegt. Harmlos. Ein Feuilleton, das man, wenn es gegen keine Kirchenregel verstößt, unterm Strich drucken kann, und das den Leser vielleicht unterhält. Und nur deshalb nicht ganz nutzlos. Ein Dichter, der, mit allen Waffen des Klassenkampf ausgerüstet, sich etwas darauf einbildet, daß er trotzdem nicht mittue. Ein Narr, der sich, statt an einen shakespearischen König, an Karl Marx attachiert hat, mit Schellen an der phrygischen Mütze. Der Gast im Bildungsausschuß, der in den Klassenkampf Serenaden einlegt. Euch, Unentwegten, sei's in dieser Stunde gesagt. Der Drehorgelmann, der für das Herz im Hinterhaus arbeitet, streikt. Er hört auf, die Kurbel zu drehn und ruft zu euern Fenstern hinauf. Verrottete Spießer, ruft er, so hört wenigstens, kommt an die Fenster und hört, was ich euch nicht länger unter Gassenhauern verschweigen kann.

Legt ihr's nur darauf an, so viel zu verdienen, daß ihr eine Wohnung im Westen mietet, Ulrike einen Klavierunterricht bekommt und Paul wahrhaftig Latein lernt: gut. Aber dann steht davon ab, von Sozialismus zu reden. Dieses Geschäft hat von Sozialismus nur das Aushängeschild. Glaubt ihr nicht, daß der Mensch aus eigenem — ich sage nicht: sich befreie, denn seine Befreiung, das ist der leichtere Teil der Aufgabe — glaubt ihr nicht, daß der Mensch aus eigenem sein freies Leben in freiwilligen Formen leben könne, die, weil allen gemeinsam, keinen unterdrücken, dann laßt sie, die

Vom Ufa-Groom zum Gruppenführer

Daß das „dritte Reich“ zum allergrößten Teile von Homosexuellen regiert wird, hat sich nun allmählich in der Welt herumgesprochen. Weniger bekannt ist aber, wie durch das „Erwachen Deutschlands“ der Typ der männlichen Prostituierten an die Oberfläche gespült wurde. Nach dem 30. Juni erfuhren es auch die letzten Unwissenden, daß der Vorsitzende des nationalsozialistischen Juristenbundes, Voß, und Schmidt-Breslau, der Adjutant von Heines, diesem Umstände ihre Karriere verdankten. Nicht anders war es bei dem Berliner SA-Gruppenführer Karl Ernst, der auf diesem nicht mehr ungewöhnlichen Wege zu Amt und Würden emporstieg. Obwohl Ernst schon tot ist und nicht mehr zu den Großwürdenträgern des „dritten Reichs“ gehört, ist doch seine Karriere so charakteristisch für die Zustände im „dritten Reich“, daß sie noch nachträglich geschildert werden muß.

1906 in Berlin-Schöneberg geboren, der Vater Portier in einem dortigen Wohnhaus. 1920, nach der Schulentlassung, wurde Ernst Groom in Ufa-Palast am Zoo. Er sah in seiner Uniform bildhübsch aus und fand denn auch bald einen Liebhaber. Nach kurzer Zeit ist Ernst Stammgast im „Eldorado“, jenem berühmten Berliner Homosexuellen-Lokal, von dem später der englische Journalist Lewis sagte, dieses „Eldorado“ sei Stammlokal und Hauptquartier der homosexuellen SA-Führer. Im „Eldorado“ lernten sich auch Ernst und Röhm kennen. Röhm „verliebte“ sich sofort in den hübschen Burschen und nahm ihn zu sich in die SA, um ihn nun von Stufe zu Stufe steigen zu lassen. Im Volksmund hieß Ernst bald „Frau Röhm“. Dann wird Ernst Stabschef des damaligen Berliner Gruppenführers Hellendorf, des Pogromgrafen vom Kurfürstendamm, der selbstverständlich auch zu den „Gleichgesinnten“ gehört. (Später allerdings Ernst untreu wurde und eine tiefe Zuneigung zu dem Titel- und Ordensschwindler „Majo“ von Arnim faßte, der heute Rektor der Technischen Hochschule in Berlin-Charlottenburg ist.) Als Hellendorf nach der Ermordung Hanussens Berlin verlassen muß, wird Ernst sein Nachfolger. Das war der Aufstieg eines kleinen Kino-Boys zum Herrn über 20 000 SA-Männer, eine Karriere, wie sie zu Dugouden im „dritten Reich“ zu finden ist.

Menschen. Laßt sie, wo sie sind, und wie auch mit ihnen geschehe. Laßt sie unter den Tieren. Macht sie nicht noch unglücklicher, als sie schon sind, indem ihr Ansprüche an sie stellt, von denen ihr wißt, daß sie sie nie erfüllen. Dann, Genossen, ist die ganze sozialistische Bewegung nichts weiter, als ein bösesartiges „Bäumchen, wechsle dich“. Nichts weiter als der blutige, endlose und ganz sinnlose Kampf zweier Schächer um die Butterseite. Dann, meine Freunde, wollen wir ins Kloster gehn und so tun, als ob nichts wäre, bis die klassenbewußten Gardisten irgendeines Lenin die dringende Notwendigkeit empfinden, uns arme Kirchenmäuse des Ideals auszuerothen.

Wie verständlich, wenn die Drückeberger der militaristischen Zeit auch Drückeberger der Revolution wären! Sie führen nicht Krieg. Und es ist noch immer Krieg, und es wird noch lange Krieg sein.

Dennoch! Helfen und nicht verzweifeln! Glauben und geduldig sein, bis der Krieg vorbei ist! Der Krieg ist die Selbstverbrennung einer Epoche. Einmal wird von ihm nur Asche übrig sein. Die Menschen, tödlich erschöpft, könnten zu Boden sinken und nicht einmal die Kraft haben, die müdgewürgten Hände zu heben.

Dann.

Dann wäre die Zeit, in die Städte zu gehn und zu helfen, dann, wo wirklich Hilfe wäre, was man für die andern täte.

Dies für den Fall, daß der Bolschewismus Europa unterjochte und damit die Welt in Barbarei stürzte. Es könnte ihm gelingen, wenn Lenin sich mit Ludendorff verbündete: der verzweifelte, in seiner Machtstellung bedrohte Marxist mit dem verzweifeltsten Mann der Revanche, der Soldaten nimmt, wo er sie bekommt. Die Parole ist ausgegeben. Von Radek: „Wir müssen die Sowjet-Republik am Rhein verteidigen.“ Und ich denke an die Worte, die mir vor drei Monaten, ein preußischer Junker ins Gesicht schrie: „Wenn wir geschlagen werden, gehe ich zu den Bolschewiki und stecke die Welt an den vier Enden an.“ Worte, Verzweiflung fanatischer Naturen könnte sie wahr machen. Heute, wo ich dies schreibe, befinden die Bolschewiki sich in einer solchen Geistesverfassung, daß sie alle anderen Sozialisten mehr hassen, sie heftiger bekämpfen als die deutschen Militaristen.

Ich spreche von der schlimmsten aller Möglichkeiten. Wir Geistigen haben keine Wahl. Wir wissen und sagen schon lange, daß eine geistige Angelegenheit niemals vom Waffenerfolg abhängt, auf welcher Seite er sich auch einstelle. Die Bolschewiki stehn und fallen mit ihrem „Waffenglück“. Das Ideal steht darüber: unberührt. Wir haben nur eine Aufgabe, und die bleibt uns unter allen Umständen: dafür zu sorgen, daß das Ideal, und wenn auch nur bei hundert, wenn nur bei zehn Menschen, nicht in Vergessenheit gerate. Die Liebe lieben! Hoffen, und wäre es nur, damit die Hoffnung am Leben bleibe. Glauben! Und wäre es nur, um nicht zu verzweifeln. Als Trost und Gewißheit schallt das Wort nach, das Fritz Adler in jenem Gerichtssaal anscrief: „Man tötet nicht den Geist, ihr Brüder!“

Wir alle wollen die Welt ändern. Wir alle wollen die Gerechtigkeit. Wir alle wollen das Reich des Glückes, in dem die Menschen einander das Leben leicht machen, um den Zugang zu sichern zu einer neuen, höheren, wenn auch noch so schweren, noch so problematischen Form des Lebens. Ich stehe dafür, daß Gewalt keine Aenderung schafft, nur Wechsel des Besitzes, Wechsel der Macht, Wechsel dessen, was, unter dem Namen Gesinnung, wieder nur als Waffe benutzt wird.

Wir Geistigen können weder mit Paraden, noch mit Staatsstreichen, mit keinem Schaustück irgendwelcher Art können wir aufwarten. Wir gehn in tiefster Stille, den unahnehmbaren Weg der Menschenverwandlung. So heftig wir „leben“ mögen, auftauchend in Städten, voll tierischer Energie, redend, schreibend und an der Spitze provisorischer Umzüge, die von einer Etappe der politischen und wirtschaftlichen Revolution zur andern fortschreiten, — unser Schicksal wirkt im Traum von dem, was wir, ganz, vielleicht in tausend Jahren sein werden: Menschen. Wir würden es nie, verlieben wir diesen Traum, vergäßen wir jene lautlose, gerade Straße, fänden wir nicht dort nach jeder Aktion unsre Kameraden wieder. Die können wir nicht verlieren, sie können uns nicht im Stich lassen: sie nicht, sie allein nicht. Es ist auch ihr Weg, und es gibt keinen andern.

Wir erkennen einander im Aufruhr der Städte, in Volksversammlungen, in Ausschüssen an einer seltsamen Haltung, die andre als plöbliche Nachlässigkeit deuten, als Zurückhaltung angesichts entschlossener Agitatoren und andrer Männer der Tat, als Skepsis, die der Zynismus in seiner Kindheit ist. Sie tun uns unrecht. Wir sind die Tapferen im Trübel. Wir sind die guten Fischer im Trüben. Wir sind die wahren Gläubigen. *Credimus, quia absurdum.*

Um das Ideal sozusagen bei sich und im Beruf zu zeigen, darum habe ich zum Schluß noch einmal von uns gesprochen, und dies mußte wohl geschehen, nachdem ich mich soviel auf das Ideal berufen hatte.

Wir spielen nicht die Buddhisten. Wir stolzieren nicht in Luxusdrucken und legen auf Vorzugsausgaben geringen Wert. Und noch halten wir es für sehr unwahrscheinlich, daß auch wir von der Verzweiflung gepackt und in ein Kloster geworfen werden. Noch sind wir dabei. Wo wir können. Wie wir können.

Unsre schöne, gerade, stille „Privatstraße“: am 9. November tat sie, was sich für sie gehörte, sie behing sich mit roten Fahnen und versammelte, für ihre Demonstration, so viel Sonne, wie sie finden konnte. Und wir, wir waren in der Stadt.

Das ein tun, ohne das andere zu verlassen. Es fällt nicht schwer, wenn man keinen Ehrgeiz hat.

Dezember 1918.

Nachwort

Heute, noch nicht ein Jahr später, müßte ich eine namenlose Enttäuschung bekennen, hätten nicht die inneren Kämpfe, die ich während des Krieges ausgetragen habe, mich auf diese Enttäuschung vorbereitet. (Fortsetzung folgt)

Die mitteleuropäische Situation

J. H. Herr von Papen machte soeben eine Autofahrt durch Südböhmen, wobei er zuerst nach Prag und dann nach Graz kam. Die Reise war als Konfularinspektion aufgefasst, die dem Gesandten Gelegenheit geben sollte, die reichsdeutschen Kolonien kennen zu lernen. In beiden Städten veranstalteten die deutschen Vereine Empfänge zu Ehren Papens, und dieser hielt Ansprachen über die politische Lage in Deutschland, die Zukunft der österreichisch-deutschen Beziehungen und über die Art, wie sich Reichsdeutsche in Oesterreich verhalten sollen. Die Polizei sorgte dafür, daß keine Oesterreicher die Vereinslokale betraten, und so erfährt man nur bruchstückweise, was Herr von Papen ausgeführt hat.

Er soll — so berichtet der Wiener Korrespondent der „Times“ — geäußert haben, der Anschluß sei nicht aktuell, aber unvermeidlich. Inzwischen sei auf eine freundschaftliche Verständigung zwischen den beiden Ländern zu hoffen. Auch ist es ziemlich sicher, daß er über die — amtlich kontrollierte! — österreichische Presse sagte: „Nicht man die hiesigen Zeitungen, so hat man das Gefühl, man könnte ebenso gut in Paris sein.“ Er versprach, er werde eine Lockerung des Verbots der reichsdeutschen Zeitungen zu erlangen suchen, damit die Reichsdeutschen in Oesterreich sich „richtig“ informieren könnten. Es heißt, Herr von Papen werde sehr nach Berlin fahren, um Herrn Hitler persönlich Bericht zu erstatten. Der nach dem Juliputsch geschlossene Deutsche Klub in Wien, ein Zentrum des Alldeutstums unter dem Vorsitz des Feldmarschalls Bardoß, hat die Erlaubnis erhalten, seine Räume in der Hofburg wieder zu öffnen.

Diese Lageverhältnisse beleuchten die zweideutige Atmosphäre in Wien. Sie tritt noch stärker ins Relief in einer Darstellung, die ein Spezialkorrespondent der „Times“ soeben veröffentlicht. Er behandelt die mitteleuropäische Situation, besonders das Verhältnis Oesterreichs und seiner Nachbarstaaten zum Nationalsozialismus. Die Ausführungen sind im folgenden wiedergegeben:

Eine Reise durch Europa erweist heute die stetige Verschlechterung der internationalen Beziehungen, die durch die gegenwärtige Unsicherheit verursacht wird. Die einst überfüllten internationalen Expreßzüge sind zu kleinen, halbleeren Zügen zusammengeschrunken. Die Zahl der Reisenden ist viel geringer, die Zahl der Beamten, die sie und ihr Gepäck inspizieren, viel größer geworden. Überall trifft man auf Verdacht und Mißtrauen, auf Einschränkungen, die stets neue Einschränkungen erzeugen, auf einen Unterton von Rassenhysterie und Furcht infolge von Jenseit, Gerüchten, künstlich aufgeschaukeltem Nationalgefühl und militärischen Vorbereitungen. Das Publikum sieht die rauchenden Schloten der Rüstungsbetriebe und die steigende Zahl von marschierenden Männern, und wenn es von Abschlägungen in Berlin, von einem Attentat in Wien oder von Ermordungen in Marseille hört, so fragt es nervös: „Bedeutet das den Krieg?“ Es hat einen richtigen Instinkt. Niemand wird das bezweifeln, der in den letzten Jahren oft in Europa gereist ist und die ständige Verschlechterung der Lage beobachtet hat.

Abgesehen von dem eigentlichen Gebrauch der Waffen, herrscht bereits Krieg. Dieser Satz einer Wiener Zeitung ist keine Übertreibung.

Die nationalsozialistische Belagerung Oesterreichs

dauert an und wird kaum angebrochen werden, solange Oesterreich Widerstand leistet, gleichgültig, welche taktischen Rücksätze und Wanders der Belagerer vollziehen. Weitere Anstürme sind vor der Saar-Aktivierung unwahrscheinlich. Der Nationalsozialismus ist mit dieser Abstinenz beschäftigt und hat — wenn nicht wegen des Ergebnisses, so doch wegen des Umfangs der oppositionellen Stimmen — genügend Sorgen, um alles zu vermeiden, was ihm die Katholiken noch mehr entfremden könnte. In den nächsten paar Monaten wird wohl von Waffenstillständen und Besprechungen gemunkelt werden, aber die harten Tatsachen werden dadurch nicht geändert. Welches diese Tatsachen sind, das zeigte der 25. Juli. Die Politik des Nationalsozialismus? Er will Oesterreich unter seine Kontrolle bringen. „Wir haben den Kampf angenommen“, sagte der Reichsinnenminister Dr. Frick zu dem österreichischen Gesandten in Berlin, „und Sie werden, in Erfüllung Ihrer Amtspflichten, begriffen haben, daß wir jeden Kampf, den wir beginnen, rücksichtslos durchzuführen. Sie dürfen auch überzeugt sein — und ich spreche in voller Übereinstimmung mit meinem Führer —, daß auch dieser Kampf bis zum Ende gekämpft wird, so sehr das unser deutsches Herz schmerzt.“

Die Juliereignisse zeigten, daß dieser Kampf nicht nur innerpolitische Bedeutung hat, sondern schwere internationale Gefahren heraufbeschwört. Viele unparteiische Beobachter versichern, jene Ereignisse hätten abgewendet werden können, wenn diejenigen Mächte, die von der Notwendigkeit österreichischer Unabhängigkeit überzeugt zu sein behaupten, keinen Zweifel an ihrer Entschlossenheit hätten aufkommen lassen, eine Verletzung dieser Unabhängigkeit nicht zu dulden. Jeder in Oesterreich glaubt, daß ähnliche Gefahren wieder austauschen werden, und daß die Intervention einer einzigen Macht — Italiens — auf die Dauer nicht genügen wird, um sie abzuwenden. Nur eine entschlossene, im voraus vereinbarte und offen verkündete Politik wäre dazu imstande.

Die südosteuropäischen Länder

Die Gefahr oder Verheißung des Nationalsozialismus — wie man's nimmt — wird in ganz Europa lebhaft empfunden, sagt der Verfasser an die Adresse des englischen Publikums, das etwa meint, kontinentalen Verwicklungen ausweichen zu können. Die ost- und südosteuropäischen Länder fragen sich, welches ihr Los bei einem künftigen Konflikt sein würde. Sie sehen, daß ein enorm starkes und großes Land, dem sie territoriale Aspirationen zuschreiben, einen militärischen Apparat aufbaut, der nach ihrer Ansicht binnen kurzem seinesgleichen in Europa nicht haben wird. Sie wissen, daß es einen unvergleichlichen industriellen Apparat besitzt, der von einem Augenblick zum andern auf Kriegsproduktion umgeschaltet werden kann. Sie glauben,

daß die gegenwärtigen Machthaber von dem Gedanken belesen sind, daß sie auf die Dauer nur an der Macht bleiben können, wenn sie Erfolge zu zeigen vermögen, für die es verlohnt, den Riemen enger zu schnüren. Die beobachtenden Länder erblicken in den Ereignissen vom 25. Juli, für die das amtliche österreichische Brauchbuch das Reich verantwortlich macht, eine Verhängung ihrer Ansichten. Für diese Länder wird das Schicksal Oesterreichs den Prüfstein abgeben dafür, ob die Mächte den Anschluß, den sie Bräutigam verweigerten, auch Hitler verweigern können. Wenn Oesterreich bestehen bleibt, dann ist die nationalsozialistische Lehre zusammengebrochen. Ruhige Beobachter glauben, daß der Sieg des Nationalsozialismus in Oesterreich unvermeidlich Polen, Jugoslawien, Ungarn und Bulgarien in die deutsche Sphäre bringen würde. Auf diese Weise würde sich eine sehr starke militärische Gruppe bilden mit jener strategisch fast undurchdringlichen zentralen Position, die den Mittelmächtigen ermöglichte, vier Jahre lang gegen die Alliierten auszuhalten.

Die beobachtenden Länder schwanken, und ihre endgültigen Entschlüsse können sehr wohl von dem Schicksal Oesterreichs abhängen. Diese Länder wissen, daß Frankreich auf alle Möglichkeiten vorbereitet ist und zweifelt, ob Frankreich und Italien zusammen es in ein bis zwei Jahren mit Deutschland aufnehmen könnten. Sorgfältige Beobachter dieser gefährlichen Situation glauben, daß Gewißheit über die Haltung Englands den Ausschlag geben würde. Mögliche

Antifaschistische Riesenkundgebungen der sudetendeutschen Arbeiter

Hunderttausend marschieren für die Sozialdemokratie

Das deutsche Bürgertum der Tschechoslowakei kämpft seit 60 Jahren gegen die Faschisten und gegen die Arbeiterklasse des eigenen Volkes, weitans am heiligsten gegen diese. Die Arbeiterklasse war dort immer besonders arm, ihr Kampf besonders hart. So war das Gebiet von jeher eine Hochburg der Sozialdemokratie, die dort besonders tapfere Kämpfer zählte. In der Republik hat sie neue Arbeitsgebiete und ist heute in der Regierung durch ihren Führer, den Sozialminister Gzech, vertreten, der hervorragende Arbeit leistet. Die zeitweilig starke kommunistische Bewegung ist seit langem im Niedergang. Noch weniger konnten die Christlich-sozialen und die „nationalen Arbeiter“ der Partei Eintrag tun. Die deutsche Arbeiterklasse dort ist sozialdemokratisch. Davon geben die gewaltigen Kundgebungen des 4. November untrügliches Zeugnis.

Das Bürgertum hat sich in logischer Entwicklung schlüssig. Sein Führer ist der Turnlehrer Konrad Henlein, ein Pfaffenredner ohne klaren Program, gleichgültig gegen die durch Arbeitslosigkeit aufs höchste gesteigerte Volksnot. Diese Politik hat auch große außenpolitische Bedeutung, da das Grenzgebiet vom „volksverbundenen“ Nationalsozialismus besonders liebend begehrt wird. Aber die Arbeiterklasse, die das Hitlerparadies nicht vor Augen hat, sieht überzeugt auf dem Boden ihrer Republik. Natürlich erhebt die unfähige faschistische Minderheit den anmaßenden Anspruch auf Führung des deutschen Volkes. Am 2. Oktober veranstaltete sie eine mit allen Reklamemitteln inszenierte Kundgebung in Böhmisch-Leipa, die von weither beachtet war und 20 000 Teilnehmer anwies. Sie sollte beweisen, daß sie die berufene Vertreterin des deutschen Volkes sei, nicht die „abgewirtschaftete“ Sozialdemokratie. Diese gab am 4. November die wuchtige Antwort.

In nur einer Woche kamen Kundgebungen zustande, deren gleiches das Land noch nicht gesehen hat. Vom Egerland im Nordwesten bis zum schlesischen Südoften marschierten die Arbeiter in sechs Abschwärmen auf: in Karlsbad, Komotau, Teplitz, Bodenbach, Mährisch-Schönberg, Negerndorf. Nach sorgfältiger Schöpfung nicht unter 100 000 Männer, Frauen, Greise und namentlich Jugendliche. Im Jung zähllose rote Banner, daneben die Landesfahne. Meist seit Jahren Opfer der Armut, mit verkürzten Löhnen, vielfach Kurzarbeiter und Arbeitslose, unterernährt und schlecht bekleidet, waren sie einen Tag, teilweise von 3 Uhr an, bei kaltem Wetter auf den Beinen. Für ihren letzten Heller kamen sie in vollgepackten Sonderzügen und Autobussen, zu Hund und in vielstündigen Anmarsch, manche Frauen mit Kindern auf den Armen. Andere Kinder wurden von den Rinderfreunden dabei verlor. Zahlreichen Arbeitslosen ermöglichte die Solidarität der armen Klassenangehörigen die

Arbeit über die Politik Englands wäre für die Entschlüsse der ost- und südosteuropäischen Länder geradezu entscheidend.

David und Goliath

Wenn man den Ereignissen in Oesterreich ihren Lauf ließe, dann wäre das Ende unvermeidlich: David kann, wie Dr. von Schuschnigg gelagt hat, auf die Dauer Goliath nicht widerstehen. Kenner des Nationalsozialismus halten eine solche Politik für am gefährlichsten. Im letzten Grunde handelt es sich nicht um die Unterstützung der gegenwärtigen österreichischen Regierung, sondern um die Aufrechterhaltung des Status quo in Oesterreich, im Interesse des europäischen Friedens. Dieses eine ist sicher: eine Mehrheit der Oesterreicher ist, gleichgültig wie sie zu ihrer gegenwärtigen Regierung steht, gegen den Nationalsozialismus. Oesterreich wünscht den Anschluß, aber nicht den Anschluß an ein nationalsozialistisches Deutschland. Kräftige Unterstützung eines unabhängigen Oesterreich würde den dringenden Rat rechtfertigen, daß Oesterreich zu irgend einer Form der repräsentativen Regierung zurückkehren möge. Dazu sollte Oesterreich nach Ansicht des Verfassers imstande sein, sobald es von den äußeren Sorgen befreit wäre. Damit wäre der verwirrende Widerspruch beseitigt, wodurch die österreichischen Massen, die sich bis zum letzten gegen den Nationalsozialismus gewehrt hätten, des Stimmrechts beraubt und von jedem Anteil an der Kontrolle eines Landes ausgeschlossen worden sind, das für Europa die Schlacht gegen den Nationalsozialismus zu kämpfen verbannt.

Bahnfahrt. Die Musiker der Kapellen, größtenteils Arbeitslose, spielten fast alle ohne Bezahlung.

Zehntausende standen mit ihren Fahnen und fernbasierten Denksprüchen wie: „Egerland — rotes Land“ — „Umbrandet vom Faschismus hält sich die rote Wacht“ — „Die Heimatfront des Bezirkes Graslitz ist die Sozialdemokratie“ — „Egerland rot, trotz aller Not“, auf den Marktplätzen, denen die feindliche Ablehnung des Bürgertums das proletarische, die geringe Zahl kommunistischer Gruppen das ausgeprägte sozialdemokratische Gepräge gab. Redner waren Gzech, Taub (dessen Vornamen auf den Plakaten „Gebildete“ mit dem ihnen gemahnen Wort „Zausub“ überlebt hatten) u. a. Überall wurde eine Kundgebung an den großen Präsidenten Masaryk beschlossen, mit dem Versprechen entschlossenen Kampfes für Demokratie und Menschlichkeit. „Wir bekennen uns zur gemeinsamen Aufgabe der deutschen und tschechischen Republikaner, den europäischen Frieden zu sichern und dieses Land anzubauen zum Kristallisationspunkt der mitteleuropäischen Verständigung.“ Dazu ein Programm zur Bekämpfung der Not: vermehrte Arbeitsbeschäftigung, gefühlvolle vierzigstündige Woche, gesteigerte Arbeitslosenfürsorge, Rettung der Jugend vor Verfall, keine Pfaffenberauschungen, verheerten Massen — eine von heller Begeisterung wie von klarer Einsicht und Tatwillen erfüllte Kundgebung eines ganzen Arbeitervolkes, von dem die Arbeiterpresse mit Begeisterung die bürgerliche mit Hochachtung berichtet. „Das war die schönste Woche meiner ganzen bisherigen Tätigkeit“, erzählt ein Parteisekretär von der Vorbereitungsarbeit. Es kamen doppelt so viele, als man gerechnet hatte. Journalisten erklärten, schon lange keinen Aufmarsch mit so starkem jugendlichen Gepräge erlebt zu haben. Von den Frauen heißt es: „Sie waren in einer überraschend großen Zahl gekommen. Arme, ausgemergelte Arbeiterinnen, denen Mühsal und Not aus den Augen sprach, marschierten unverdorren und unverzagt. Die Treue zum Sozialismus überwand ihre Not, der Glaube an den Sozialismus besänftigte ihre Schritte.“

So zeigten die gewaltigen Kundgebungen die antisozialistische Bestimmung der Arbeiter und ihren Haß gegen das braune Verderben. Überall wirkte das deutsche Unglück ansteckend, spornt zum Kampf für Freiheit und Recht. Überall wächst die innere Spannung und der Kampfeswille. Danach erweist man erst, wie es im Innern der reichsdeutschen Arbeiterklasse anzusehen muß, die den Segen des Nazireichs alljährlich in millionenfachem bitteren Erleben erfährt. Welch eine Dampfspannung entwickelt sich in diesem überbeizten und unheilvollen Refessel! Welch eine Explosion wird das werden!

III Kastrationen in einem Krankenhaus!

Die Haltung der katholischen Kirche

Berlin, 12. Nov. Der Leiter des Staatlichen Krankenhauses beim Untersuchungsgefängnis Berlin-Moabit, Med. Rat Dr. Schlegel, in dessen Anstalt der größte Teil der Entmannungen, die nach dem neuen Gesetz im Reichsangeordnet werden, zur Durchführung gelangt, gibt eine erste Uebersicht über die erfolgten Entmannungen. In dem genannten Staatlichen Krankenhaus wurden seit Bestehen des Gesetzes, also seit dem 24. November 1933, 111 Kastrationen durchgeführt. In Vorbereitung zur Kastration befinden sich gegenwärtig 29 Sträflinge, die bereits der genauesten Voruntersuchung unterzogen werden.

Die Ablehnung durch den Papst

Die Zeitschrift der Reichsfachschaft „Deutscher Beobachter“ wurde vor einiger Zeit unter der Ueberschrift „Sterilisationsgesetz und Vatikan“ die folgende Meldung verbreitet:

„Deutsche Zeitungen brachten vor kurzem eine Notiz, daß ein deutscher Theologieprofessor behauptet hatte, das Sterilisationsgesetz widerspreche der päpstlichen großen Botschaft über die Fragen der Ehe und der Fortpflanzung („Casti connubii“). Am 10. Juli teilte nun der „Observatore Romano“, das amtliche Blatt des Vatikans, mit, daß diese Auffassung des deutschen Gelehrten „falsch und unbegründet“ ist. Demnach hält der Vatikan das deutsche Gesetz zur Verhinderung erbkranken Nachwuchses für vereinbar mit katholischer Weltanschauung. Dies wird für viele Katholiken eine große Verblüffung sein und katholische Debatten die Aufklärungsarbeit in der Bevölkerung und ihre eigene, vom Gesetz vorgeschriebene, Meldepflicht sehr erleichtern.“

Dazu teilt das Bischöfliche Ordinariat Berlin folgendes mit: Die von der Reichsdruckerei der Reichsfachschaft „Deutscher Beobachter“ zur Begründung ihrer völlig haltlosen Behauptung, daß der Vatikan seine Stellungnahme zum Sterilisationsgesetz revidiert habe, herausgegebenen Notiz des „Observatore Romano“ vom 9. bis 10. Juli 1934, hat folgenden Wortlaut:

„In unserer Kenntnis ist das Gutachten eines deutschen Professors der katholischen Theologie gelangt, in dem neben anderen Äußerungen die Behauptung aufgestellt wird, daß das bekannte Gesetz über die Sterilisation mit der Enzyklika „Casti connubii“ in Einklang gebracht werden könne. Wir sind zu der Erklärung ermächtigt, daß eine solche Behauptung vollkommen irrig und unbegründet ist.“

Aus der Veröffentlichung des „Observatore Romano“ geht eindeutig hervor, daß von einer Änderung der Stellungnahme des Vatikans zum Sterilisationsgesetz keine Rede sein kann, sondern daß der Vatikan nach wie vor an der in der Enzyklika „Casti connubii“ niedergelegten Ablehnung der Sterilisation festhält.

Frick verbietet

Berlin, 12. Nov. Der Reichsinnenminister Frick hat durch zwei Verordnungen in den Kirchenkonflikt eingegriffen. Die eine untersagt der Presse, irgend eine Äußerung über religiöse Fragen zu veröffentlichen, die andere untersagt sämtliche lokalen Kirchenzeitungen und legt an ihre Stelle das Zentralblatt des Reiches. Die Nazis hoffen damit, den Kirchenkonflikt in völliger Schwärze zu erlösen.

„Eine schamlose Fete in Weimar“

„Annektion“ Schillers durch die Nazis

Paris, 13. November 1934.

(Von unserem Korrespondenten)

Zu Tausenden zählen die Franzosen, die Friedrich von Schiller, den Dichter der „Mäurer“, verehren. Sie können es nicht verstehen, daß Dr. Goebbels es in Weimar anläßlich des 175. Geburtstages des großen deutschen Dichters fertig bekommen hat, diesen für den Nationalsozialismus zu „annektieren“. André Pierre macht sich zu ihrem Vorführe. Er schreibt Herrn Orler und Goebbels im „Denker“ folgendes ins Stammbuch:

„Hitler und Goebbels haben Schiller in Weimar gefeiert. Auf dem Grabmal des toten Dichters, der vor 175 Jahren geboren wurde, haben sie einen Kranz mit der Aufschrift niedergelegt: „Er gehört zu uns!“ Man glaubt zu träumen, wenn man die Schilderung dieser unglaublichen Zermürbung sieht, die geradezu eine Entweihung bedeutet.

Schiller war von den Nazis annektiert! Niemande Widerstand zu leisten so fürchtbare Zeit hat bisher einen Widerstand solchen Ausmaßes noch nicht gekannt. Jeder hat in der Schule gelernt, daß Schiller in vielen seiner Dramen als jugendlicher Freiheitskämpfer sich gebärdet. Brandmarkte er nicht in „Kabale und Liebe“ das despotische Regime der kleinen deutschen Fürsten? Ist Don Carlos nicht ein freieschheitliches Glaubensbekenntnis? Goebbels machte eine Anspielung auf die Widmung in der ersten Ausgabe der „Mäurer“: „In Tyrannos“ und bestätigte somit die Tatsache, daß Schiller sein Lebenlang gegen die Tyrannen kämpfte. Wenn er heute noch lebte, würde der große Dichter nicht den Kampf gegen die augenblicklichen Tyrannen in Deutschland führen, die ein großes Volk brutal unterjocht haben? Was hätte er wohl in dem Blutbad am 30. Juni erlebt?

Im „Neuen Tagebuch“ erinnert Dietrich Mann daran, daß Schiller der „Dichter der Nation“, auch der „Dichter der Freiheit“ war, und daß er das eine war, weil er das andere war. Unter Kaiserin verstand er ein vernünftiges und freies Volk. War für ihn nicht das Ideal einer Volksgemeinschaft die Schwelz des Wilhelm Tell? Aber für die Nazis ist die Schwelz ein Herrbild, ein Reiz des Mittelalters, weil dort mehrere Sprachen gesprochen werden und es keine rassistische Einheit gibt.

In seiner Gedächtnisrede hat sich Goebbels wohlwollend geäußert, daran zu erinnern, daß der Konvent in seiner Sitzung vom 6. August 1792 Schiller das französische Bürgerrecht verliehen und daß dieser, ein großer Bewunderer unserer Revolution, sich sehr stolz über diese Ehrung geäußert hatte. Heute verachtet das „dritte Reich“ Menschen- und Bürgerrechte und erklärt die liberale Philosophie von 1789 als erledigt.

Aber wozu sich wundern oder empören? Am letzten 15. Oktober hatte das „dritte Reich“ bereits Ähnliche mit Beschlag belegt und aus ihm einer seiner Propheten gemacht, während der Europäer Nietzsche der geistverworene Reiz des deutschen Nationalismus war, den er in seinen Schriften als „Bluff und Lüge der Rassenlehre“ bezeichnete, es der sich scharf gegen die Gegenüberstellung von Kriegen mit Semiten ausgesprochen und deutlich geschrieben hat: „Dort, wo die Rassen sich vermischen, ist die Quelle der großen Kulturen.“

Die Propaganda des Deutschen Reiches mag sich noch so viel Mühe geben — es wird ihr nicht gelingen, Schiller oder Nietzsche oder irgend einen anderen von den großen Deutschen vergangener Zeiten zu Nazis umzuwandeln, wie groß auch ihre Kunst zu schwindeln und die Originalwerke zu verfälschen sein mag.

Blum für das Asylrecht

„Wer französischen Boden betritt, ist frei“

Paris, 13. November 1934.

(Von unserem Korrespondenten)

Unter dieser Überschrift legt sich der Führer der französischen Sozialisten, Leon Blum, im „Populaire“ in einem längeren Artikel dafür ein, daß Frankreich weitberzig den spanischen Flüchtlingen ein Asyl gewährt. Er kommt darauf zu sprechen, daß man diese politischen Flüchtlinge sehr scharf in Frankreich überwache und ihnen nur in bestimmten Bezirken den Aufenthalt gestatte. In diesem Zusammenhang sagt Leon Blum:

„Das Asyl, das wir den Geschützten und politischen Flüchtlingen schulden, ist nicht die Überwachung durch die hohe Polizei; die französische Gastfreundschaft ist kein Zwangsasyl. Die Regierung der Republik hat schon einmal einen solchen Fehler begangen, als sie Menschen, die französischen Boden aufgesucht hatten, ihren Denkern auslieferte.“

Möge sie nun menlichens mit denen, die in Frankreich geblieben sind, nicht so hart umgehen. Wir werden niemals auf das ruhmreiche Vorrecht verzichten, das unsere Ahnen uns überliefert haben: wer immer französischen Boden betritt, ist frei und genießt die Rechte einer unverletzlichen Gastfreundschaft. Die Opfer der Unruhen, die Spanien bewegten, haben sich zu uns geflüchtet. Sie sind mit der Rückseite aufgenommen worden, die man dem Unschuldigen schuldet.“ Der „Populaire“ hat diese wunderbaren Worte bereits einmal wiederholt die einstmals Chateaubriand, der Minister der rechtmäßigen Monarchie, schrieb. Wird die Republik die Schande beachten, auf das ruhmreiche Vorrecht zu verzichten, auf das die Monarchie mit stolzer Anprang erhoben hatte?

Marseille

Eine amtliche Erklärung Ungarns

Budapest, 12. Nov. Das Ungarische Telegraphen-Corr.-Büro meldet amtlich:

„An den Tagen, die unmittelbar auf den Marzeller Anschlag folgten, haben die ungarischen Polizeibehörden die weitestgehende Untersuchung eingeleitet. Außerdem haben sie auf das dringendste alle Untersuchungen in Gang gebracht, um deren Durchführung, sei es von Seiten der Pariser Polizei, sei es — über das Ministerium des Innern — von Seiten der Budapestener k.u.m. Behörde durchgeführt wurde. Die Polizei hat mehrere hundert Verhöre durchgeführt und 21 Personen in Gewahrsam genommen. Im Laufe der Untersuchung wurde festgestellt, daß keine einzige Person, auch nicht unter den Verhörten und in Gewahrsam Genommenen, gefunden wurde, die mit dem Anschlag in Zusammenhang gebracht werden könnte. Auch ergab sich keinerlei Anhaltspunkt dafür, daß der Königsmörder Wladimir Georgiewitsch jemals in Ungarn war oder sich hier aufgehalten hat. Die Aufrechterhaltung der Polizeiaufsicht über die in Ungarn weilenden jüdischen Staatsbürger, die als kroatische politische Emigranten angesehen werden können, wurde angeordnet.“

Die gefälschten „Weisen“

Gut genug für die Schule

Berlin, 11. Nov. Die Protokolle der Weisen von Zion und die jüdische Weltpolitik, das neueste Buch des führenden nationalsozialistischen Ideologen Alfred Rosenberg, ist vom Reichskulturamt in allen deutschen Schulen als eines der vornehmsten Lehrmittel zum Gebrauch nahegelegt worden. Außerdem wurden noch empfohlen: „Handbuch der Judenfrage“ von Th. Frisch und „Rassentunde des jüdischen Volkes“ von Hans R. A. Günther.

Hitlers „Sportjuden“

Eine derbe Stimme

Paris, 12. Nov. Wir lesen in der Wochenschrift „La Lumière“: Um die Wahl Deutschlands als Land der nächsten Olympiade zu sichern, hatte Hitler, dessen Trabanten unablässig drücken: „Tod den Juden!“ schon die Teilnahme der jüdischen Sportorganisationen von Amerika schließen müssen. Jetzt hat er nun eine neue Demütigung hinnehmen müssen: die Zulassung von sechs Ritualkämpfern des Reichsbundes jüdischer Frontkämpfer zum Training für die Olympiade. Wichtig ist allerdings, daß diese sechs Juden sich noch lächerlicher verhielten, wenn sie sich bereit finden, horzen unter der Hotentrotzahn zu marichieren, in deren Namen ihre Glaubensbrüder wie Auslöcher geachtet worden sind. Hitler und seine sechs Sportjuden sind einander wert.

Neue politische Bücher

Konzentrationslager

Ein Appell an das Gewissen der Welt. Ein Buch der Grauel. Die Opfer fragen an. Dachau, Brandenburg, Dapenburg, Königstein, Lichtenburg, Golditz, Sachsenburg, Koringen, Hohnstein, Reichenbach, Sonnenburg. 754 Seiten mit Original-Fotografien usw. Kartonierte Fr. 24.—

Grenzen der Gewalt

Zusichten und Wirkungen bewaffneter Erhebungen des Proletariats von ... Kartonierte Fr. 6.—

Julius Deutsch: Putzjoch oder Revolution

Randbemerkungen über Strategie und Taktik im Bürgerkrieg. Kartonierte Fr. 6.—

Historicus! Der Faschismus als Massenbewegung

Sein Aufstieg und seine Zerlegung. Kartonierte Fr. 6.—

Vorrätig bei:
Buchhandlung der Volksstimme
Saarbrücken 2, Trierer Str. 24, Ecke Gophienstr.
ReunKirchen, Hüttenbergstraße 41
Saarlouis, Deutsche Straße 5
und allen übrigen Vertriebsstellen

Paris

Wer hilft mit?

Von der Association des Emigrés Israélites d'Allomagne en France wird uns aus Paris geschrieben:

Das Chanukkah- (Makkabäer) Fest, das Fest der Kinder, naht heran, das Fest, an dem man der Notleidenden denkt. Im Vorjahre konnten wir mehr als hundert Kinder bewirten und jedem einen „bunten Teller“ und eine Gabe reichen. In diesem Jahre ist die Not der Emigration gewachsen. Darum bitten wir: helft uns, Kindern und Erwachsenen das Chanukkahfest zu bereiten. Wir brauchen Geld, Kleidungsstücke, Wäsche, Spielsachen usw. Jede Gabe ist willkommen. Geldspenden werden an Herrn Martin Dosmar, Paris 15, 35, Rue de Danzig erbeten. Dort wolle man auch Sachspenden anmelden, deren Abholung auf Wunsch gern erfolgt. (Telefon Vaugirard 8543).

BRIEFKASTEN

Schiller in Saarbrücken. „Man sollte es so nicht für möglich halten — und es ist doch geschehen, daß da so ein Tropf, der sich auch noch ein Deutscher nennt, in einem Emigrantenblatt über einen sogenannten Schillerartikel das Motto sagt: „Am 10. November wurde Schiller vom Dritten Reich propagandistisch mißbraucht.“ — Tiefen in klassisches Deutsch gehaltenen Satz lesen wir in der „Saarbrücker Zeitung“. Er steht in einer Besprechung der Saarbrücker Aufführung von „Wilhelm Tell“ und ist der „Deutschen Freiheit“ gewidmet. „So ein Tropf“ — das sind wir, weil wir Schillers Bekenntnis zur menschlichen Würde, zur künftigen Freiheit und zum Kampf wider aller Sklaverei deutlich vom „dritten Reich“ abgehoben haben. Da im Stillen mit Goebbels als Propagandistisches Werkzeug schamlos mißbraucht und genützt werden, weil es kein wahres Vaterland gibt (buc Freiheit, Recht und Gerechtigkeit, deshalb empfinden wir die gegenwärtigen Gedächtnisfeiern als Verhöhnung Friedrich Schillers. Der Würdige, der uns antempeit, hat begreift vom Freiheitsidealen Tell. In Wahrheit befindet er sich in Geklers Trost.

„Schwab“. Jähnen hat ein Freund aus Württemberg u. a. geschrieben: „Zehn der sogenannten „alten Kämpfer“ der SA. waren kürzlich Hausdurchsuchungen. Hauptächlich bei denen, die sich bis jetzt geweigert haben ihre Waffen abzugeben. Aus diesem Grunde herrscht große Erbitterung unter der SA.“

Paul Scheller. Sie, der Sie einmal geistig bessere Tage gesehen haben, geben sich jetzt alle Mühe, das „Berliner Tageblatt“ durch Anwendung Ihres „Nährers“ dem galoppierenden Abenteurer- und Anzuleitern. Mögen Sie! Werde wollen wir und aber folgende Gemeinheit in Ihrem Holbericht vom 9. November: „Unter dem Bujarenjahren ist jenes häßliche Wort gefallen: „Es gibt nur ein politisches Spiel, das um den Kopf.“ Der Sieg des Nationalsozialismus ist kein Stimmungsspiel gewesen, kein Sieg tiefer oder verführerischer Erregungen, kein Sieg aus wirtschaftlicher Not, sondern ein Sieg, der aus dem Anblick von Männern erwuchs, die bereit waren, für ihre Sache zu sterben. Daß die Gegenparte niemanden hatte, der dazu bereit war, das ist der einzige Vorwurf, der diesmal ihr gemacht worden ist. Er ist in der Tat der Härte.“ — Bei den Helfern, der Tausende toter Kameraden, die für ihre Sache zu sterben wollten: Sie und das ganze Journalisten-Gesindel des „dritten Reichs“ werden eines Tages zu zeigen haben, ob Sie das politische Spiel um den Kopf zu betreiben wissen.

H. A., Brüssel. Bei dem in den Rubriken vertriehen Regierungspräsidenten von Ertzin handelt es sich um denjenigen Gräner, der im Jahre 1900 aus der Sozialdemokratie ausgeschlossen worden ist und sich dann zur NSDAP. gewendet hat. Ihre Meinung, daß ihm diese rechtliche Verhöhnung nun doch nichts genügt habe, teilen wir mit. Er hat sich so seine Position gereicht, und das ist für solche Kreaturen alles.

Freund in Vuzenburg. Sie überfenden uns die Nr. 208 des Heftkalen „Vuzenburger-Wort“. Da steht in einem sogenannten Leitartikel u. a.:

„Als die unethische Stimmung im Saargebiet gilt die, welche sich für den „Status quo“ einsetzt. Die Organe, die „Neue Saar“ schreibt sehr bezeichnend: „Das Saargebiet ist und bleibt deutsch.“ Deswegen kämpfen wir so gegen den Sozialismus und gegen jede Beherrschung, es als Deutschobjekt verstanden zu lassen. Deswegen fordern wir: Zuerst den Status quo und vorläufig: Selbstregierung des Saargebietes, bis das Reich, unter gelichtes deutsches Vaterland wieder frei ist, freies Volk und freie Arbeit! Wegen Hitler — für Deutschland!“ Eine andere Bewegung, die sich nicht recht durchzusetzen vermag, ist die autonome, die der Status-quo-Bewegung viel Wasser abgibt. Sie kann als die ausichtslosere erklärt werden, denn kein echter deutschgehaltener Saarländer will von der „Autonomie“ als grandioser Umdichtung etwas hören. In der Autonomiebewegung haben sich die gelasteten Linksparteien zusammengeschlossen. Es ist dadurch die sog. „Einheitsfront“ ideal befreit und eine Einheitsfront entstanden, die der Lösung der Saarfrage bzw. der Wahl den Stempel des „Stimmars“ aufbringt.“

Mein Urin läßt sich wohl in ein paar Jahren über die verschiedenen Fronten im Saargebiet nicht zusammenschreiben. Und dabei hat das Blatt als Parole in seinem Kopf: „Für Wahrheit und Recht“. Wenn die Herren jemals sich die Mühe genommen hätten, ihre Rede in ein Blatt der „Einheitsfront“ zu reden, würden sie dort gelesen haben: „Für Teufelsland gegen Hitler!“ Das ist die Lösung der Einheitsfront und der oppositionellen Reichsfront. Mit einer dauernden Autonomie für das Saargebiet haben weder die Sozialisten noch die Kommunisten etwas zu tun. „Zurück ins Reich — sobald die Verbären vertrieben sind.“ Das ist der Wille. Das „Vuzenburger Wort“ will doch nicht etwa verleunden? Es sollte sich schneidens an Ort und Stelle informieren. So groß ist doch die Entfernung Vuzenburg-Saarbrücken nicht.

Irig Hensler, der Herausgeber der Zeitschrift „Die Aktion“, sendet uns eine Erklärung, die wir wegen einer bekannten Vererbung der Regierungskommission nicht im Wortlaut abdrucken können. Die entscheidenden Sätze lauten:

„Aus dem Nationalarchiv Deutschland und aus anderen Händen erhalte ich von Freunden und Kampfgenossen Briefe mit der Frage, weshalb unter dem „Saarvertrag für den Status quo“ mein Name steht. Um jeder Mißdeutung zu begegnen, will ich mich nicht darauf beschränken, den Freunden brieflich zu antworten, sondern öffentlich erklären, daß ich nur zu spät von dem Aufruf Kenntnis erhalten habe, auch hätte ich das Dokument unterschreiben, wie es zweifellos die große Mehrheit des durch Hitlerherden blutig niedergeschlagenen deutschen Volkes unterschreiben würde, hätte sie hierzu die Möglichkeit. Ich lege also nachträglich meinen Namen unter den Saarvertrag für den Status quo und ich tue dies um so lieber, weil mir damit gleichzeitig Gelegenheit gegeben ist, mich mit den des Aufrufs wegen von Fremdberrichern „ausgeblühten“ Antifaschisten solidarisch zu erklären.“

Für den Gesamteinhalt verantwortlich: Robona Vlg in Zuberweiler; für Inzerate: Otto Rubin in Saarbrücken. Notationsdruck und Verlag: Verlag der Volksstimme GmbH, Saarbrücken 2, Schlegelstraße 5, — Schlegelstraße 77 Saarbrücken.

10 000 in 10 Wochen

Hitler rast

Von KLAUS BREDOW

Fragen Sie in den Kiosken und Buchhandlungen nach. Falls die Broschüre am Ort nicht zu haben ist, liefert die Buchhandlung der „Volksstimme“, Saarbrücken, Bahnhofstraße 32, gegen Voreinsendung von 3,90 französischen Franken auf das Postcheckkonto Saarbrücken Nr. 619

Ne tag der „Volksstimme“, Saarbrücken